

***Eröffnungsvortrag:
Prävention durch bürgerschaftliches Engagement?***

von

Christian Pfeiffer

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):
Engagierte Bürger - sichere Gesellschaft
Ausgewählte Beiträge des 13. Deutschen Präventionstages
Forum Verlag; Auflage: 1 (4. Dezember 2009), Seite 73-110

ISBN 3936999619 (Printausgabe)
ISBN 978-3936999617 (E-Book)

Christian Pfeiffer

Prävention durch bürgerschaftliches Engagement

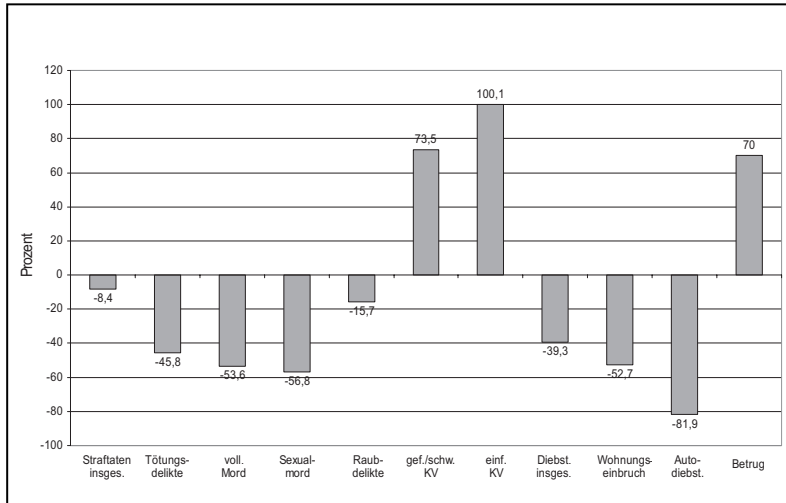
Eröffnungsvortrag beim 13. Deutschen Präventionstag in Leipzig

Eine Woche vor dem Präventionstag fragte ich Erich Marks: „Wie viel Zeit habe ich eigentlich für meine Eröffnungsansprache?“ „30 Minuten“, antwortete er, „und das strikt – höchstens fünf Minuten überziehen“. Ich versuchte zu protestieren. „Für dieses Riesenthema nur eine halbe Stunde?“ Aber dann las ich das Gutachten, das Wiebke Steffen für den Präventionstag geschrieben hat – und alles war wieder gut. Das ist wirklich ein ausgezeichnete Text, eine umfassende Analyse, in der die richtigen Akzente gesetzt werden. Sie finden dort alles zum Thema – von der Förderung der Zivilcourage über ehrenamtliche Vollzugshelfer bis zur Opferhilfe des Weißen Ringes. Danke Wiebke! Du hast eine Last von meinen Schultern genommen. Dank dieser schönen Arbeitsteilung kann ich mich heute darauf konzentrieren, zentrale Probleme anzusprechen und nach vorne zu schauen. Die gründliche Bestandsaufnahme ist von Dir schon geleistet worden.

Zum Einstieg in meinen Vortrag möchte ich mich damit auseinandersetzen, welches denn die Kriminalitätsgefahren sind, gegen die wir mit bürgerschaftlichem Engagement zu Werke gehen sollten. „Wie ist die Lage?“ fragt der General. „Wo brechen die Gewinne ein?“ fragt der Börsenmakler. „Wo steigt die Kriminalität?“ fragt der Kriminologe.

„Aber sie steigt doch gar nicht“, lautet die Botschaft, die Herr Bundesinnenminister Schäuble vor einer Woche unter Hinweis auf die Polizeiliche Kriminalstatistik des Jahres 2007 vermittelt hat. Und wo er Recht hat, hat er Recht. Das zeigt die nachfolgende Abbildung 1.

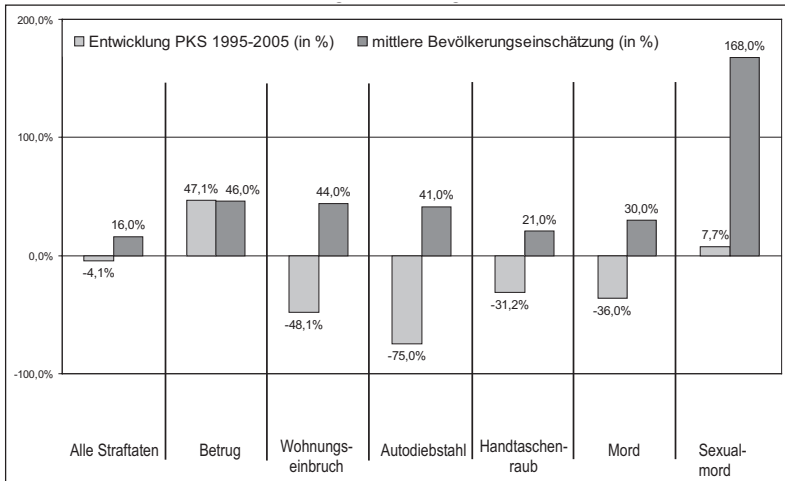
Abbildung 1: Veränderung der Kriminalitätsbelastungsziffern (Fälle pro 100.000 Einwohner) 1993 zu 2007 für ausgewählte Delikte in der Bundesrepublik Deutschland



Die Abbildung demonstriert in der Tat, dass seit 1993, dem Jahr in dem erstmals eine Polizeiliche Kriminalstatistik für Gesamtdeutschland vorgelegt werden konnte, die Zahl der insgesamt registrierten Straftaten pro 100.000 der Bevölkerung um 8,4 % abgenommen hat. Noch stärker fällt dieser Kriminalitätsrückgang aus, wenn wir uns die Daten zu vorsätzlichen Tötungsdelikten anschauen. Die Häufigkeitsziffer der vollendeten Sexualmorde ist beispielsweise zwischen 1993 und 2007 um 56,8 % gesunken. Selbst zu den Raubdelikten zeigt sich eine Abnahme um 15,7 %. Auch die Diebstahlsdelikte sind stark rückläufig. Der Wohnungseinbruch hat um mehr als die Hälfte abgenommen, der Autodiebstahl sogar um fast 82 %. Natürlich gibt es zu Teilbereichen der Kriminalität auch deutliche Zunahmen. Das gilt etwa für die Körperverletzungsdelikte oder den Betrug. Aber insgesamt betrachtet leben wir heute offenkundig erheblich sicherer als noch vor 15 Jahren.

Hätten Sie derart positive Trends erwartet? Falls nein, befinden Sie sich durchaus in guter Gesellschaft. Die nachfolgende Abbildung 2 zeigt nämlich, dass die insgesamt sehr positive Entwicklung sich nicht in der gefühlten Kriminalitätstemperatur der Bevölkerung widerspiegelt.

Abbildung 2: Entwicklung der Kriminalität von 1995 – 2005 in der Polizeilichen Kriminalstatistik und in der Bevölkerungseinschätzung



Anfang 2004 und 2006 hatten wir jeweils von einem repräsentativen Querschnitt von Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes (jeweils mehr als 2.000 Befragte) eine Einschätzung dazu erbeten, wie sich die Zahl der Straftaten insgesamt sowie zu bestimmten Delikttypen im Laufe der letzten zehn Jahre verändert hat (vgl. Pfeiffer, Windzio, Kleimann 2004). Als Anhaltspunkt erhielten die Menschen von uns jeweils die Zahl genannt, die sich nach der Polizeilichen Kriminalstatistik für die Jahre 2003 bzw. 2005 ergeben hatte. Danach wurden sie um die von ihnen geschätzte Zahl des letzten Jahres gebeten. Die Abbildung 2 macht deutlich, dass in unserer Bevölkerung die Meinung vorherrscht, die Kriminalität habe deutlich zugenommen. In Bezug auf den Betrug stimmt diese Einschätzung. Ansonsten aber lagen die Bürger fast durchweg mit ihren Zahlen weit von der Wirklichkeit entfernt. Besonders krass fiel die Fehleinschätzung beispielsweise zum Sexualmord aus, bei dem die Bevölkerung von einem 2,7-fachen Anstieg ausgeht, obwohl die Statistik für 2005 nur eine leichte Zunahme um 7,7 % erfasst hatte¹. Aber auch zum Autodiebstahl, zum Wohnungseinbruch oder anderen schweren Delikten haben unsere Befragungen gezeigt, dass im Durchschnitt nur etwa 10 % der Bürgerinnen und Bürger die Kriminalitätsentwicklung weitgehend richtig beurteilen. Die große Mehrheit unterstellt Zunahmeraten, die weit von der Wirklichkeit entfernt sind. Woher das kommt, werde ich gleich erläutern. Doch zunächst möchte ich darauf eingehen, warum eigentlich die Kriminalität in den Kernbereichen seit 1993 so stark gesunken ist.

¹ Diese wiederum lag nur im Jahr 2005 über der Vergleichszahl des Jahres 1995. Sowohl in den Jahren zuvor wie danach zeichnet sich ab, dass der vollendete Sexualmord seit 1993 deutlich abgenommen hat.

Die erste Antwort lässt sich in der folgenden These zusammenfassen: „Die Vergreisung der Republik fördert die innere Sicherheit“. Wie die nachfolgende Abbildung 3 zeigt, betrug 1993 der Anteil der jungen Männer an der Wohnbevölkerung 11,5 %. Sie waren aber damals für fast 70 % der polizeilich registrierten Raubdelikte verantwortlich, für fast die Hälfte der Tötungsdelikte und 41 % aller Straftaten. In den vergangenen 15 Jahren hat ihr Anteil an der Wohnbevölkerung um fast ein Fünftel abgenommen. Wir harmlosen Alten dagegen sind stark im Kommen. Dies zeigt die nachfolgende Abbildung 4. Es liegt auf der Hand, dass der demografische Wandel die Kriminalitätsentwicklung nachhaltig beeinflusst.

Abbildung 3: Anteil der 14-30j. Männer zur Wohnbevölkerung insgesamt bzw. zu allen Tatverdächtigen ausgewählter Delikte für die Bundesrepublik Deutschland 1993

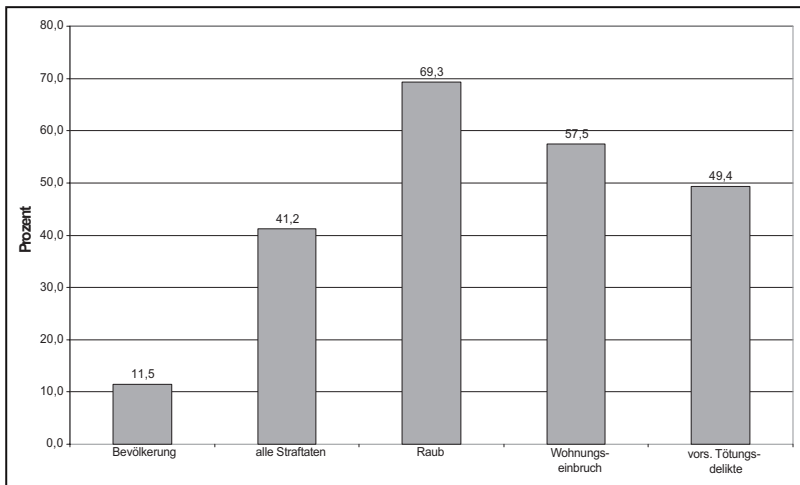
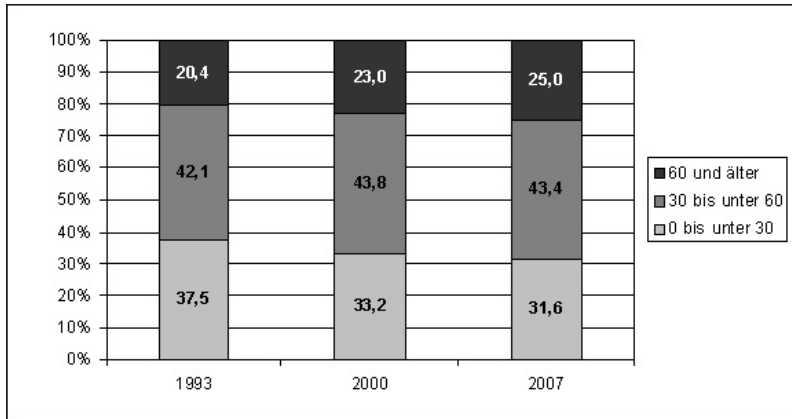


Abbildung 4: Veränderung der Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland nach Altersgruppen



Als zweite Ursache für die erfreuliche Kriminalitätsentwicklung möchte ich einen Faktor benennen, der manche der Anwesenden freuen wird. Die Entwicklung der Aufklärungsquoten dokumentiert es deutlich. Wir haben heute die beste Polizei, die es in Deutschland je gegeben hat. Wie die nachfolgende Abbildung 5 zeigt, hat die Polizei im Jahr 2007 pro 100 registrierte Straftaten um 20 % mehr Tatverdächtige ermittelt als noch 1993. Bei Raubdelikten fällt diese Zunahme mit 27,8 % noch deutlicher aus und erreicht beim Wohnungseinbruch mit einem Anstieg um zwei Drittel einen extrem hohen Wert. Offenkundig haben die Polizeibeamten den in wichtigen Bereichen eingetretenen Rückgang der Fallzahlen dazu genutzt, die Ermittlungsarbeit zu intensivieren. Hinzu kommt, dass die Anzeigebereitschaft der Opfer von Straftaten deutlich zugenommen hat. Dies demonstriert beispielsweise für Jugendliche die nachfolgende Abbildung 6.

Abbildung 5: Tatverdächtige insgesamt je 100 registrierte Fälle

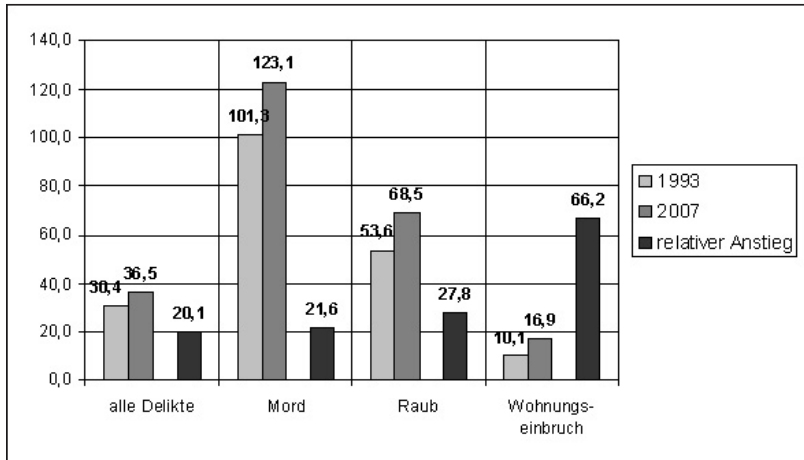
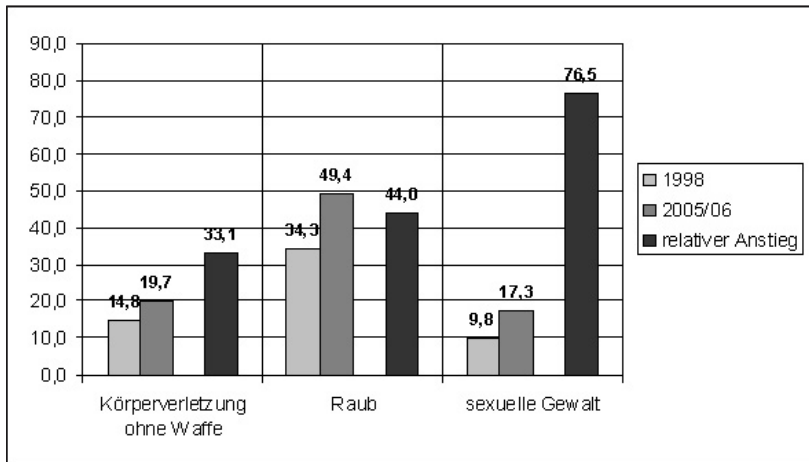


Abbildung 6: Anteil angezeigter Körperverletzungen ohne Waffen in München, Stuttgart, Schwäbisch Gmünd und Hannover – Angaben zum letzten erlebten Delikt (in %)



Für die Städte München, Stuttgart, Schwäbisch Gmünd und Hannover konnten wir dank der wiederholt seit 1998 durchgeführten Schülerbefragungen ermitteln, zu welchem Anteil die Opfer von Gewalttaten Anzeige erstattet haben. Raubopfer hatten dies im Jahr 1998 nur zu gut einem Drittel getan. Dann jedoch öffneten die Schulen sich in den Folgejahren immer mehr für die Polizei, die zunehmend Gelegenheit erhielt, sich aktiv an Präventionsmaßnahmen von Schulen zu beteiligen und dabei Vertrauenswerbung zu leisten. Die Tatsache, dass in den genannten Städten in den Jahren 2005/06 fast jeder zweite Jugendliche, der Opfer eines Raubes geworden war, Anzeige erstattet

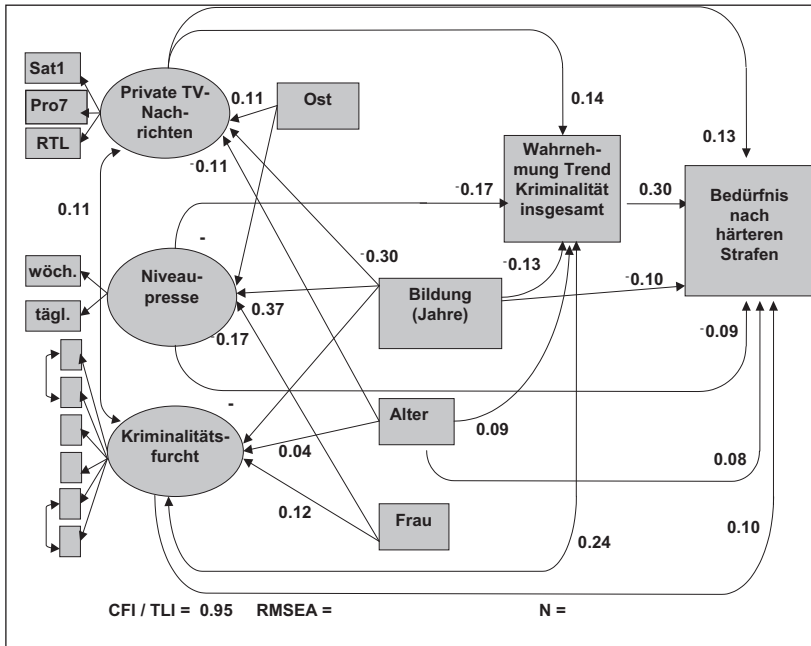
hat, bewerten wir als Ausdruck davon, dass junge Gewaltopfer heute weit eher bereit sind, sich staatliche Hilfe zu holen. Bei den Tätern wiederum spricht sich rum, dass das Risiko, wegen eines Raubes richtig Ärger zu bekommen, sich deutlich erhöht hat. Das bremst ihren Tatendrang.

Ein dritter Grund dafür, dass die Straftaten insgesamt betrachtet seit 1993 deutlich abgenommen haben, ist offenkundig die Tatsache, dass sich die Migration sehr beruhigt hat. Der Asylkompromiss hat dazu ebenso beigetragen wie das Ende des jugoslawischen Bürgerkrieges und die deutliche Abnahme der Zuwanderungszahlen von Aussiedlern aus der früheren Sowjetunion².

Und schließlich dürfte das eine gewichtige Rolle spielen, was Wiebke Steffen in ihrem Gutachten sehr differenziert dargestellt hat. Das bürgerschaftliche Engagement hat in Deutschland im Bereich der Prävention von Kriminalität deutlich zugenommen. Darauf werde ich noch eingehen. Zuvor möchte ich allerdings kurz noch einmal auf einen Aspekt hinweisen, der bei der Analyse der aktuellen Kriminalitätslage meist übersehen wird. Trotz sinkender Kriminalität hat die Zahl der Tatverdächtigen, die von der Polizei an die Staatsanwaltschaft gemeldet werden, wegen des Anstiegs der Aufklärungserfolge um 10 % zugenommen. Aus der Sicht der Staatsanwälte ist also alles noch schlimmer geworden. Sie müssen seit 1993 eine ständig wachsende Zahl von Strafverfahren bewältigen. Sollten sie das ganz ähnlich wie die Bevölkerung als Beleg für einen Anstieg der Kriminalität bewerten, zeigt die nachfolgende Abbildung 7, wohin das führt.

² (vgl. Pfeiffer et al. 2005)

Abbildung 7: Einflussfaktoren auf die Kriminalitätswahrnehmung und das Strafbefürdnis in der Bevölkerung (KFN-Befragung zur Kriminalitätswahrnehmung in der Bevölkerung 2006)



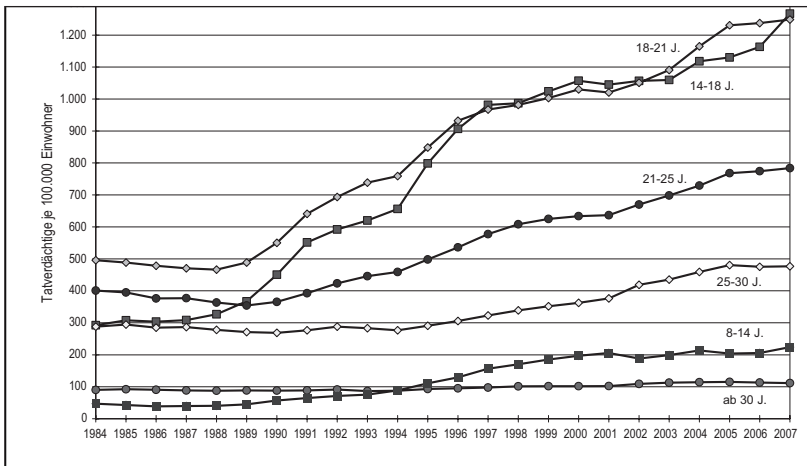
Unsere Pfadanalyse zur Entstehung der irrtümlichen Annahme, die Kriminalität würde stark ansteigen, zeigt im rechten Teil, wohin dieser Irrtum führt: Je mehr die Menschen eine deutliche Kriminalitätszunahme unterstellen, umso stärker steigt bei ihnen das Bedürfnis nach härteren Strafen. Bevor ich auf die kriminalpolitischen Konsequenzen, die daraus erwachsen, näher eingehe, möchte ich zunächst noch einmal auf das zurück kommen, was ich eingangs zur gefühlten Kriminalitätstemperatur ausgeführt habe. Unsere Analyse zeigt nämlich, dass hierfür ein Wandel in der Berichterstattung durch die Medien mit verantwortlich ist. Vor allem die privaten Fernsehsender haben den Anteil der Sendezeit, den sie dem Thema Kriminalität widmen, in den letzten zwanzig Jahren deutlich erhöht. Ein besonders krasses Beispiel bietet eine Analyse, die die Professoren Werner Greve und Beate Schneider zur Dauer der Berichterstattung durchgeführt haben, die einem einzigen Sexualmord im Fernsehen gewidmet worden ist. Nach ihrer Recherche hat sie sich bei den privaten Fernsehsendern in dem Untersuchungszeitraum von zehn Jahren um das sechsfache erhöht, bei den öffentlich-rechtlichen um das Dreifache. Damit erklärt sich dann, warum sich hier die gefühlte Kriminalitätstemperatur nach der vorher gezeigten zweiten Abbildung besonders stark von der Wirklichkeit entfernt hat. Aus Abbildung 7 zeigt sich wiederum, dass das regelmäßige Lesen der so genannten Niveaupresse eine zutreffende

Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung fördert. Und Entsprechendes gilt im Hinblick auf ein gehobenes Bildungsniveau. Wer dagegen stark von Kriminalitätsfurcht geprägt ist, tendiert wiederum zu der Annahme, die Kriminalität nehme stark zu (vgl. Pfeiffer, Windzio und Kleimann, 2004).

Ärgerlich ist nun, dass die Öffentlichkeit über diese Zusammenhänge wenig erfährt. Stattdessen ist sie einer wachsenden Dramatisierung des Bösen ausgesetzt, und verlangt deshalb nach immer härteren Strafen. Die Kriminalpolitik wiederum orientiert sich zunehmend an diesen steigenden Strafbedürfnissen. An die Stelle von Sachverständigen-Gutachten tritt zur Vorbereitung von neuen Gesetzen zunehmend der Auftrag an Meinungsforscher zu ermitteln, woher der Wind weht und was beim Volk ankommt. Die Politik reagiert primär auf Unsicherheitsgefühle und die Strafrechtsgesetzgebung wird zunehmend ein Instrument zur Herstellung von Sicherheitsgefühlen. Es kann deshalb nicht überraschen, dass seit 1992 zu 40 Straftatbeständen der Strafraum erhöht worden ist. Und die Gerichte haben das gesetzliche Programm umgesetzt. Sowohl die Wahrscheinlichkeit, eine Freiheitsstrafe ohne Bewährung zu erhalten wie auch die durchschnittliche Strafdauer haben sich seit 1992 deutlich erhöht mit der Folge, dass die Zahl der Haftjahre, die pro 100 Angeklagte angeordnet werden, sich zwischen 1990 und 2002 von 5,2 auf 7,3 erhöht hat. Parallel dazu hat die Zahl der Strafgefangenen um 40 Prozent zugenommen.

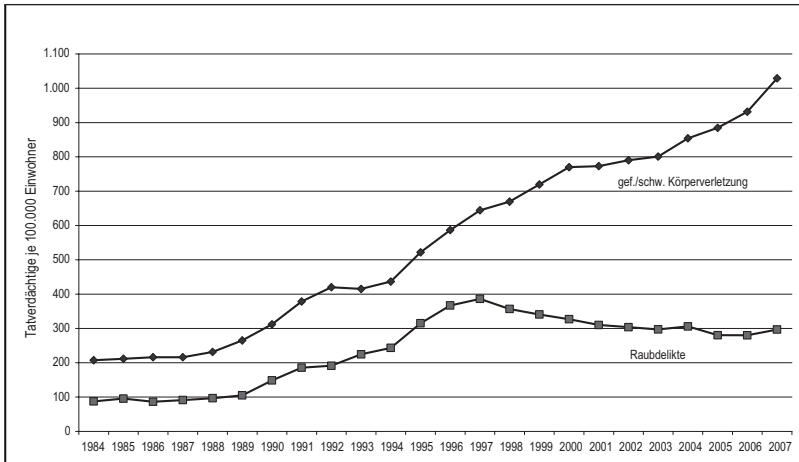
Wir haben hoch gerechnet, welche Mehrkosten daraus für den Strafvollzug entstanden sind. Einschließlich der 1,4 Milliarden Euro, die für 12.000 zusätzliche Gefängniszellen aufgebracht werden mussten, gelangen wir zu einer Schätzung des finanziellen Mehraufwands von etwa 6 Milliarden Euro. Die Politik verhält sich damit so, als läge die Zukunft unseres Landes im Ausbau des Gefängniswesens. Dabei wissen wir doch alle, dass die Prioritäten in der Frühförderung von Kindern liegen müssen, im Ausbau von Schulen zu Ganztagschulen oder in der Stärkung der Universitäten, damit wir konkurrenzfähig bleiben. Zum ersten Mal gelange ich damit im Rahmen meines Vortrags an den Punkt, wo wir bürgerschaftliches Engagement benötigen: Hier nämlich – im Widerstand gegen den populistischen Kurs, das Strafrecht laufend zu verschärfen. Ich werde darauf noch einmal zurück kommen. Zunächst möchte ich jedoch zur Ausgangsfrage zurückkehren. Ich wiederhole: Welches sind die Kriminalitätsgefahren, gegen die wir mit bürgerschaftlichem Engagement vorgehen sollten? Die nachfolgende Abbildung 8 bietet hier eine erste Antwort.

Abbildung 8: Entwicklung der Tatverdächtigenziffern der Gewaltkriminalität in der Bundesrepublik Deutschland (ab 1993 inkl. Neue Bundesländer) für Tatverdächtige nach Altersgruppen



Pro 100.000 der jeweiligen Altersgruppe hat die polizeilich registrierte Gewaltkriminalität bei den Jugendlichen mit Abstand am stärksten zugenommen. Seit 1984 ist sie um mehr als das Vierfache angewachsen. Die nachfolgende Abbildung 9 zeigt freilich am Beispiel der zahlenmäßig klar dominierenden Gewaltdelikte Raub und gefährliche/schwere Körperverletzungen, dass diese Entwicklung nicht einheitlich verlaufen ist.

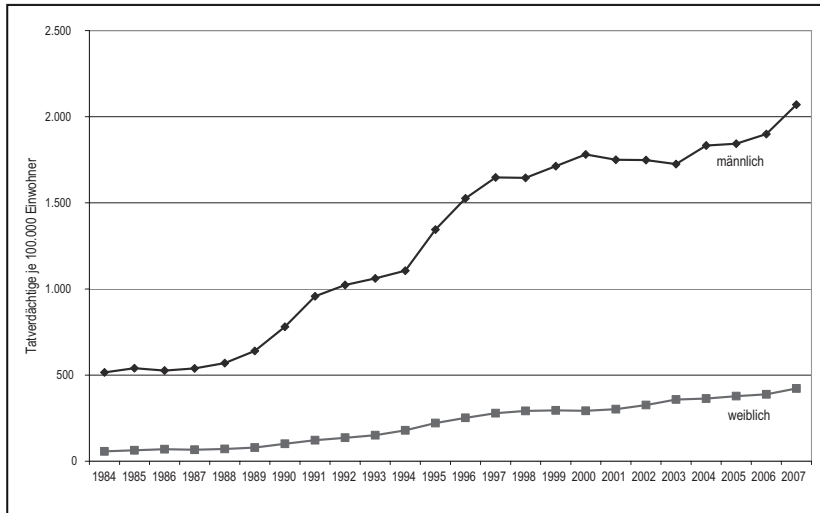
Abbildung 9: Entwicklung der Tatverdächtigenziffern für Raubdelikte sowie gef./schw. Körperverletzung bei jugendlichen Tatverdächtigen im Alter von 14 bis unter 18 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland



Raubdelikte Jugendlicher sind nach den Daten der Polizei seit 1997 um knapp ein Fünftel rückläufig. Eine deutliche Zunahme ist dagegen zur gefährlichen/schweren Körperverletzung zu verzeichnen. Für die Zeit seit 1998 können wir dies zwar zu einem beachtlichen Teil auf die seitdem zu beobachtende Zunahme der Anzeigebereitschaft der Opfer zurückführen (vgl. oben Abbildung Nr. 6). Wir schätzen jedoch, dass mindestens die Hälfte der seitdem eingetretenen Zunahme der Tatverdächtigenbelastungsziffer als reale Zunahme gewertet werden muss. Damit stellt sich die Frage, was wir hiergegen unternehmen können und müssen.

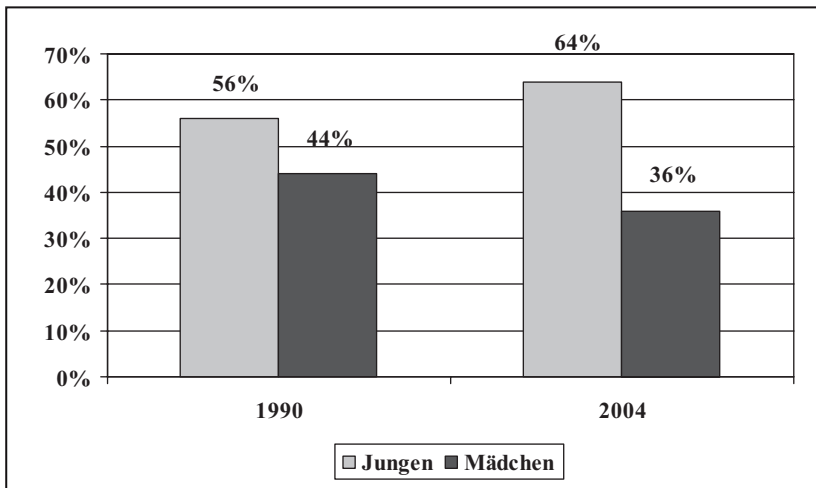
Bei der Analyse des Anstiegs der Jugendgewalt ist zunächst zu beachten, dass sie sich für Jungen und Mädchen unterschiedlich darstellt. Dies zeigt die nachfolgende Abbildung 10.

Abbildung 10: Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungsziffer für Gewaltkriminalität bei tatverdächtigen Jugendlichen für die Bundesrepublik Deutschland nach Geschlecht



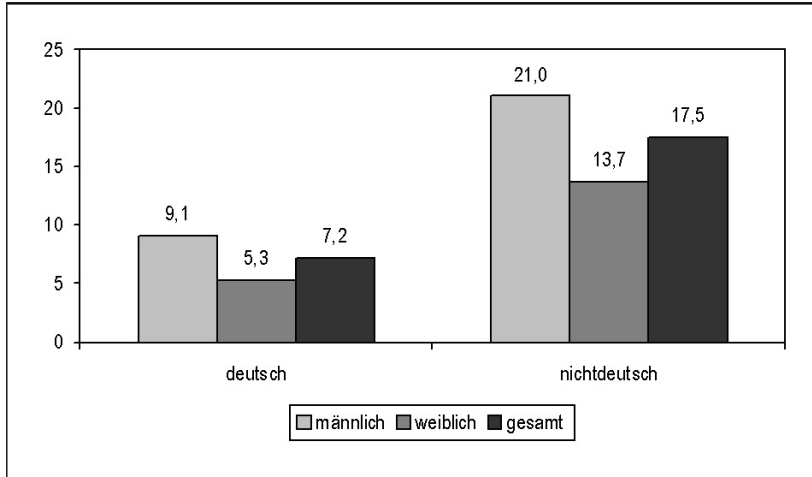
Die seit Ende der achtziger Jahre zu beobachtende Zunahme der Jugendgewalt ist nach dieser Abbildung zu etwa vier Fünftel den Jungen zuzurechnen und nur zu einem Fünftel den Mädchen. Dieses Phänomen einer wachsenden Schere in der Entwicklung der Geschlechter ist dabei nicht auf die Jugendgewalt beschränkt. Die nachfolgende Abbildung 11 demonstriert das im Hinblick auf die Geschlechterverteilung bei den Schulabbrechern. Zwar dominierten schon 1990 die Jungen im Vergleich zu Mädchen mit 56 zu 44. 14 Jahre später zeigen die Zahlen, dass die Schere mit 64 zu 36 Prozent weiter auseinander gegangen ist.

Abbildung 11: Schulabbrecher ohne Abschluss 1990 und 2004 nach Geschlecht



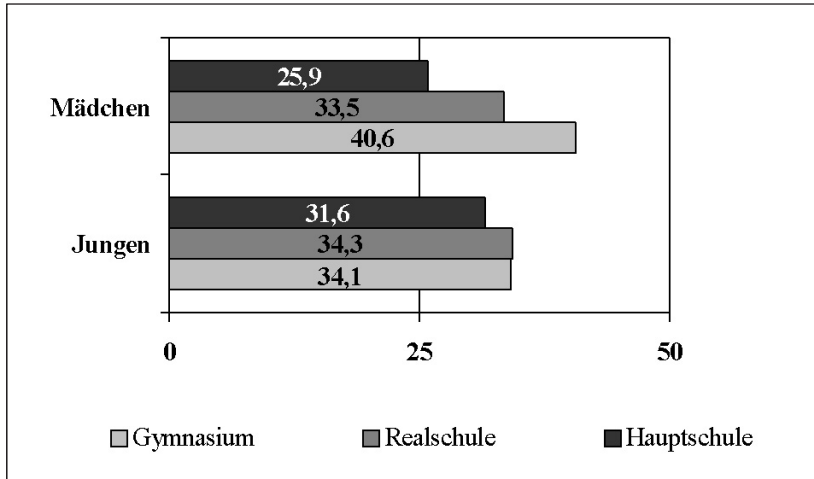
In der Abbildung 12 wird zusätzlich danach unterschieden, ob es sich bei den Schulabbrechern um junge Deutsche oder junge Ausländer handelt. In der rechten Hälfte wird ein erschreckender Befund dokumentiert. Mehr als jeder fünfte männliche junge Ausländer verlässt bei uns die Schule ohne ein Abschlusszeugnis. Zum Vergleich: Zu den deutschen Mädchen ergibt sich hier nur eine Quote von 5,3 Prozent. Ohne Übertreibung muss man es klar formulieren. Es ist absolut skandalös, dass bei uns 21 Prozent der jungen Ausländer nach Ende ihrer Schulzeit faktisch keine Chance haben, eine Lehrstelle zu erreichen und sich damit eine vernünftige Berufsperspektive zu erarbeiten. Da erscheint es nicht verwunderlich, dass junge Migranten bei den polizeilich registrierten Tatverdächtigen der Gewaltkriminalität extrem überrepräsentiert sind.

Abbildung 12: Deutsche und ausländische Schulabsolventen ohne Abschluss 2005 nach Geschlecht (Quelle: 7. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland 2007, S. 59)



Doch zurück zu den wachsenden Leistungsunterschieden von Jungen und Mädchen. Sie werden auch in den nachfolgenden Abbildungen dokumentiert. Die erste beruht auf einer in 12 Städten und Regionen durchgeführten Schülerbefragung des KFN, an der im Jahr 2005 ca. 6.000 Schülerinnen und Schüler teilgenommen hatten. Von den Mädchen wurden damals, wie Abbildung 13 zeigt, knapp 41 Prozent für das Gymnasium empfohlen, bei den Jungen waren es nur 34 Prozent. Auf der anderen Seite dominieren die Jungen bei den Schullaufbahneempfehlungen für die Hauptschule mit 32 zu 26 Prozent.

Abbildung 13: Schullaufbahnenempfehlungen (4. Klasse) nach Geschlecht (in Prozent; KFN Schülerbefragung 2005)



Wenn die Schüler und Schülerinnen danach in der Hauptschule oder Realschule besonders gut abschneiden, eröffnet sich ihnen die Möglichkeit des Aufstiegs in den nächst höheren Schultyp. Abbildung 14 zeigt am Beispiel Niedersachsens, wie sich die Geschlechterverteilung beim „Aufsteigen“ zwischen 1988 und 2002 entwickelt hat. Nachdem es zunächst keinen gravierenden Geschlechterunterschied gegeben hat, ist im Verlauf der 14 Jahre der Anteil der Mädchen pro 100 Aufsteiger/innen auf 61 Prozent gestiegen und der der Jungen auf 39 Prozent gesunken. Ein ähnliches Bild vermittelt die nachfolgende Abbildung 15 zur Geschlechterverteilung beim Abitur. Während sich zum Jahr 1990 noch fast ein Gleichstand ergibt, dominieren die jungen Frauen zunehmend. Für das Jahr 2005 ergibt sich ein Geschlechterverhältnis von 57 zu 43.

Abbildung 14: 11. Klasse Gymnasium: Schulaufsteiger aus Hauptschule, Realschule und Berufsbildender Schule nach Geschlecht (nur Niedersachsen)

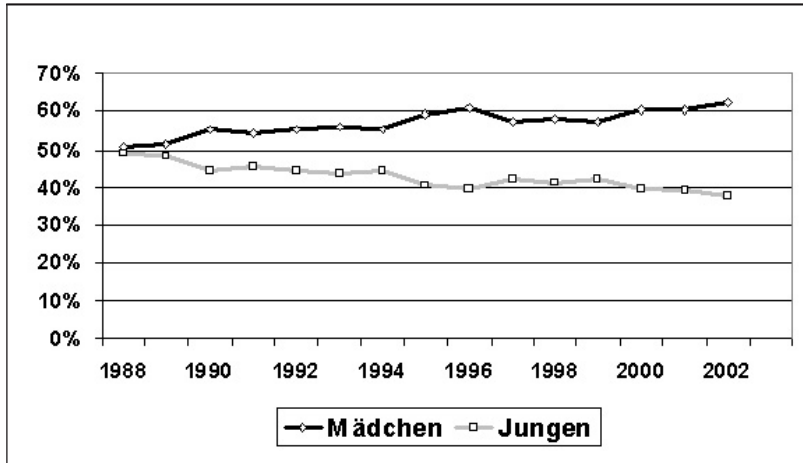
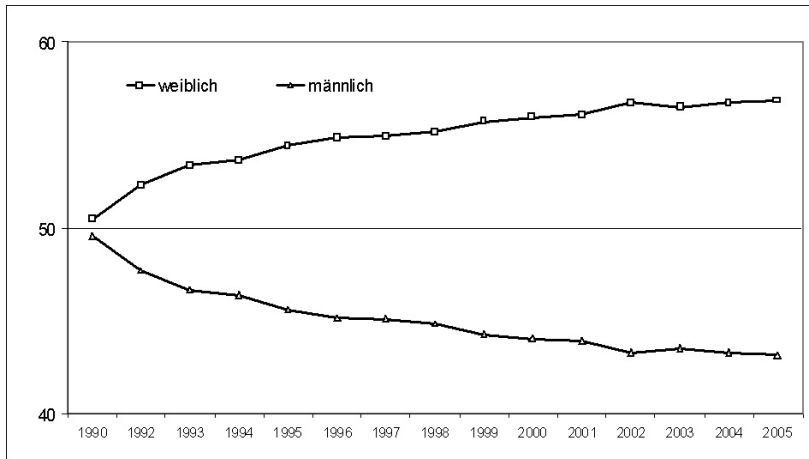


Abbildung 15: Abiturienten getrennt nach Geschlecht (in Prozent), Bundesrepublik Deutschland, 1990 bis 2005



Das KFN hat zu der Frage, wie diese wachsende Schere bei den Schulleistungen von Jungen und Mädchen zu erklären ist, mehrere empirische Untersuchungen durchgeführt. Ein zentraler Faktor ist danach der Medienkonsum. Generell gilt: Je mehr Zeit Kinder und Jugendliche in Fernsehen und Computerspielen investieren und je brutaler die Inhalte dabei sind, umso schlechter fallen die Noten aus (vgl. Pfeiffer et al 2008). Die Jungen sind hiervon besonders betroffen. Gleiches zeigt sich aber auch im Hinblick auf die anderen PISA-Verlierer. Zur Erklärung verweist die KFN-Studie

darauf, dass die vier Gruppen, die bei PISA vergleichsweise schlecht abgeschnitten haben (Jungen, Kinder aus Migrantenfamilien, norddeutsche Schüler und Schülerinnen sowie solche aus sozial schwachen Familien) im Vergleich zu ihrer jeweiligen Gegengruppe schon im Alter von zehn über eine erheblich größere Ausstattung mit Fernseher, Spielkonsole und Computer verfügen und deshalb von einem weit höheren und auch inhaltlich problematischeren Medienkonsum belastet sind. Die nachfolgenden drei Abbildungen demonstrieren das am Beispiel der 10-Jährigen, deren Eltern ein hohes, mittleres oder geringes Bildungsniveau aufweisen. So verfügen Letztere zu fast 43 Prozent über eine eigene Spielkonsole, erstere dagegen nur zu 11 Prozent. Zur Ausstattung mit einem eigenen Fernseher ergibt sich ein Unterschied von 57 zu 16 Prozent. Als Folge davon ergeben sich sehr unterschiedliche Lebensstile. Der der Kinder aus bildungsfernen Familien ist an Schultagen nachmittags und abends von einem hohen und inhaltlich problematischen Medienkonsum geprägt, während die 10-Jährigen aus bildungsnahen Familien insoweit nur geringfügig belastet sind.

Abbildung 16: Medienausstattung im Kinderzimmer (4. Klasse) nach Bildungshintergrund im Elternhaus (in Prozent; KFN Schülerbefragung 2005)

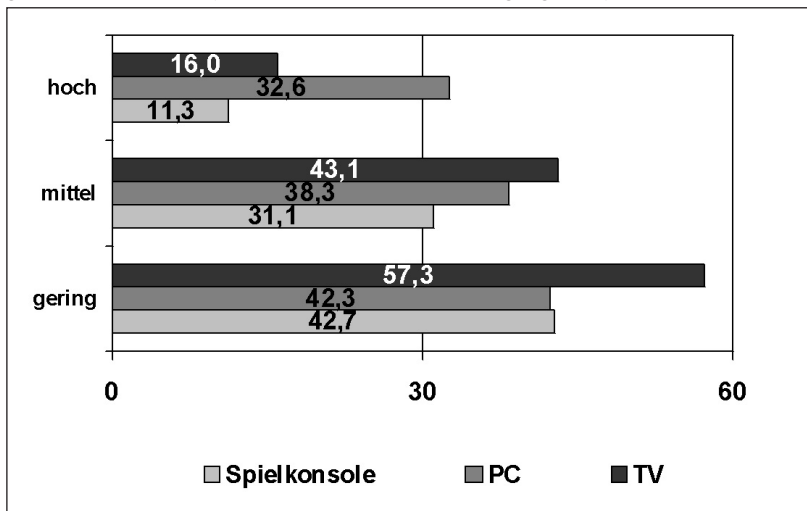


Abbildung 17: Medienzeiten an Schultagen (4. Klasse) nach Bildungshintergrund im Elternhaus (in Minuten; KFN Schülerbefragung 2005)

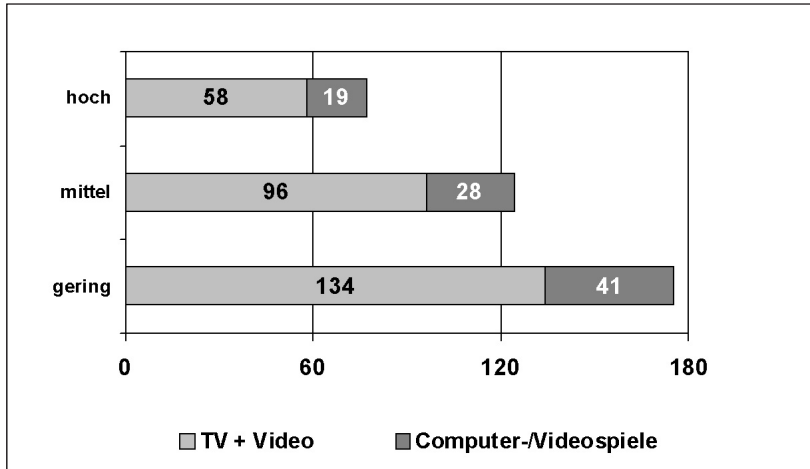
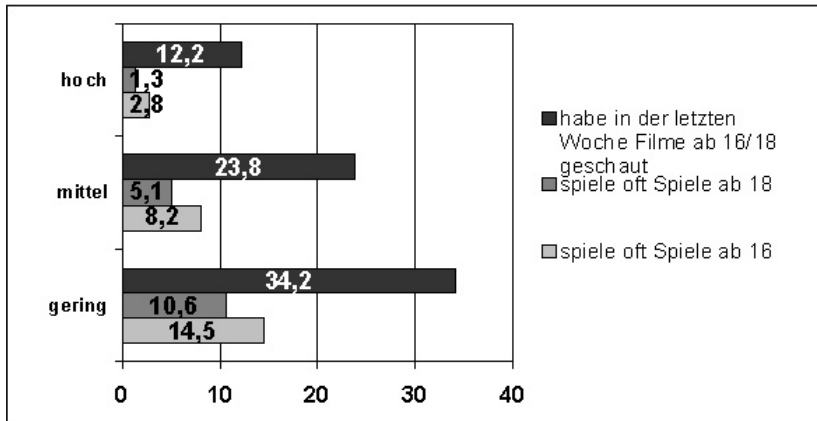


Abbildung 18: Nutzung entwicklungsbeeinträchtigender Medien (4. Klasse) nach Bildungshintergrund im Elternhaus (in Prozent; KFN Schülerbefragung 2005)



Die nachfolgend dargestellte Pfadanalyse (Abbildung 19) vermittelt einen Überblick dazu, wie die verschiedenen Faktoren die Schulleistung der 10-jährigen Kinder beeinflussen. Erneut wird deutlich, dass die Jungen im Ergebnis benachteiligt sind, weil sie über mehr Mediengeräte in ihren Zimmern verfügen, weil sie von einer stärkeren Präferenz für Mediengewalt geprägt sind und es insgesamt im Vergleich zu den Mädchen auf deutlich höhere Medienzeiten bringen. Gleichzeitig demonstriert die Abbildung, welche hohe Bedeutung dem Bildungsniveau im Elternhaus zukommt – und dies nicht nur im Hinblick auf die Schulleistung, sondern auch eine den Medienkonsum

vernünftig begrenzende aktive Medienerziehung.

Abbildung 19: Pfadmodell zum Einfluss von Mediennutzung auf Schulleistung (nur Deutsche, 4. Klasse; KFN Schülerbefragung 2005)

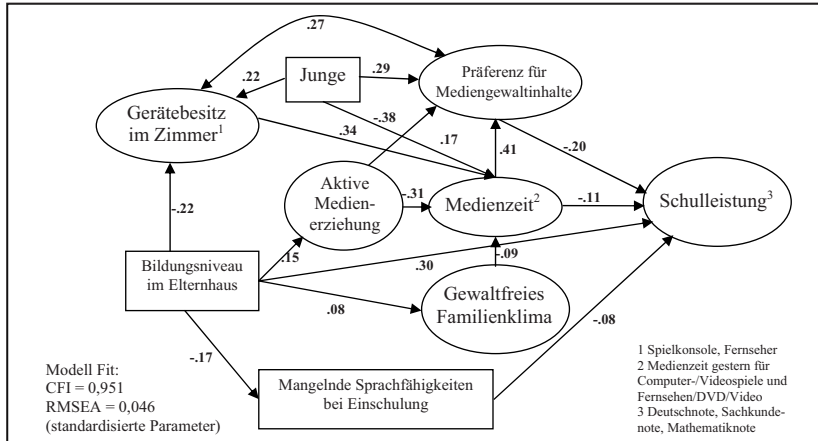
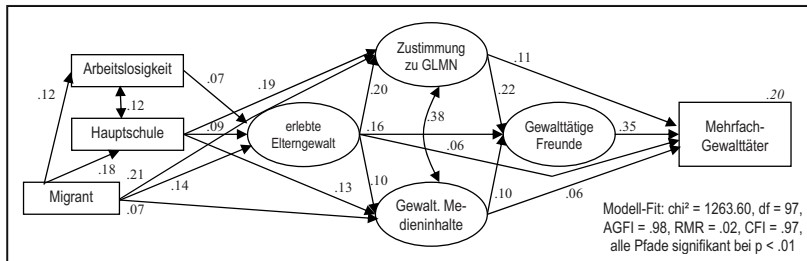


Abbildung 20 ergänzt das bisher Gesagte um eine Pfadanalyse, in der die Bedeutung gewaltorientierten Medienkonsums für die Wahrscheinlichkeit demonstriert wird, dass Jugendliche Mehrfachtäter der Gewalt werden. Nicht überraschend zeigt sich, dass es hier keine monokausale Beziehung gibt. Gewalt in den Medien erhöht erst dann das Risiko der Jugendgewalt, wenn andere Belastungsfaktoren hinzu kommen, wie etwa die erlebte Gewalt im Elternhaus oder ein soziales Netzwerk, in den unter den Gleichaltrigen gewalttätige Freunde hohe Bedeutung erlangen. Eines verdient dabei besondere Beachtung. Die Zustimmung zu gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen, die ebenfalls die Wahrscheinlichkeit einer Gewalttäterkarriere stark erhöht, steht in einer engen Wechselbeziehung zum Konsum von Gewaltfilmen und entsprechenden Computerspielen. Anders ausgedrückt: Die Orientierung an den Normen der Machokultur wird durch gewaltorientierte Medieninhalte stark gefördert und umgekehrt gilt, dass „junge Machos“ eine starke Vorliebe für entsprechende Filme und Computerspiele haben. Und schließlich muss auf einen Faktor hingewiesen werden, auf den ich später noch einmal zu sprechen komme: Die Bedeutung der Hauptschule. Sie erweist sich neuerdings als eigenständiger Verstärkungsfaktor für die Entwicklung von Gewalttäterkarrieren. Das war sie früher nicht. Die Erklärung sehen wir darin, dass es heute in den Hauptschulen zu einer Zusammenballung von hoch belasteten Jugendlichen kommt, die sich gegenseitig negativ anstecken (vgl. Baier/Pfeiffer 2007).

Abbildung 20: Modell zur Erklärung von Mehrfach-Gewalttäterschaft (Quelle: Schülerbefragung 2005, 9. Jahrgangsstufe, N=4301)



Ein weiterer Belastungsfaktor, der in den nächsten Jahren zunehmend Bedeutung erlangen dürfte, ist die wachsende Schere zwischen Arm und Reich, die bei den Jugendlichen besonders ausgeprägt ist. In den letzten Monaten hat dieses Thema zu Recht steigende öffentliche Beachtung erfahren. Ein kürzlich veröffentlichtes Dossier des Bundesfamilienministeriums (2008) zu Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland enthält dazu alarmierende Zahlen. Danach sind inzwischen von den 15- bis 18-Jährigen 23,9 Prozent von relativer Armut betroffen und wieder ergibt sich für junge Ausländer eine besonders ausgeprägte Belastung, die mit 30 Prozent etwa doppelt so hoch ausfällt wie die Vergleichsquote der Deutschen (Bundesfamilienministerium, 2008, Seite 17).

Vor zehn Jahren hatte ich im Auftrag der Europäischen Union eine Untersuchung zur Jugendgewalt in europäischen Ländern durchgeführt. Schon damals war die wachsende Winner-Loser-Kultur im Kinder- und Jugendbereich als der Faktor erschienen, der besonders dazu beiträgt, dass die sozial Randständigen vermehrt mit Gewalttaten in Erscheinung treten (Pfeiffer, 1998). Seitdem sind die sozialen Gegensätze in unserem Land stark angewachsen. Die reine Geldarmut wäre dabei nicht das zentrale Problem, solange die sozial Benachteiligten klare Perspektiven dafür haben, sich aus eigener Kraft aus ihrer Misere heraus arbeiten zu können. Wenn aber auch die Bildungschancen massiv ungleich verteilt sind, wird aus dieser Entwicklung ein kriminogener Belastungsfaktor.

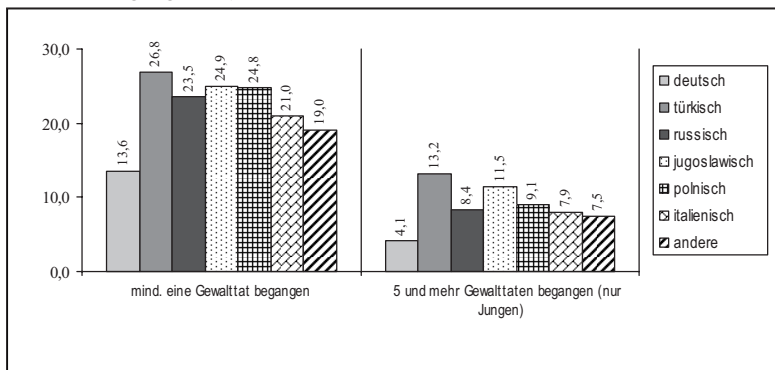
Damit können wir unsere Zielgruppe für bürgerliches Engagement klar identifizieren. Es handelt sich primär um männliche Kinder und Jugendliche aus sozialen Randlagen, die von einem hohen und gewalthaltigen Medienkonsum geprägt sind und im Bildungssystem wenig Chancen haben. Junge Migranten sind dabei überrepräsentiert und hier insbesondere junge Türken, bei denen sich verschiedene Belastungsfaktoren konzentrieren: Innerfamiliäre Gewalt, Hauptschule, Armut und eine ausgeprägte Majo-orientierung (vg. Baier/Pfeiffer 2008).

Beachtung verdient, dass es aber auch unter den jungen Deutschen eine Gruppe gibt, die wir geradezu als Zwillingbrüder zu den jungen Türken identifizieren konnten:

Deutsche Schüler und Schülerinnen, die sich bei unserer Befragung als ausländerfeindlich und gewaltorientiert geoutet haben. Auch sie sind stark von innerfamiliärer Gewalt geprägt, auch sie orientieren sich in ihrem Verhalten stark an Normen der Machokultur und pflegen Vorstellungen von Männerehre, die denen der jungen Türken entsprechen. Und schließlich kommen auch sie besonders häufig aus sozialen Randlagen und lieben dieselben Filme und Computerspiele wie die von ihnen als Feinde definierten jungen Türken (vgl. Baier et al. 2006).

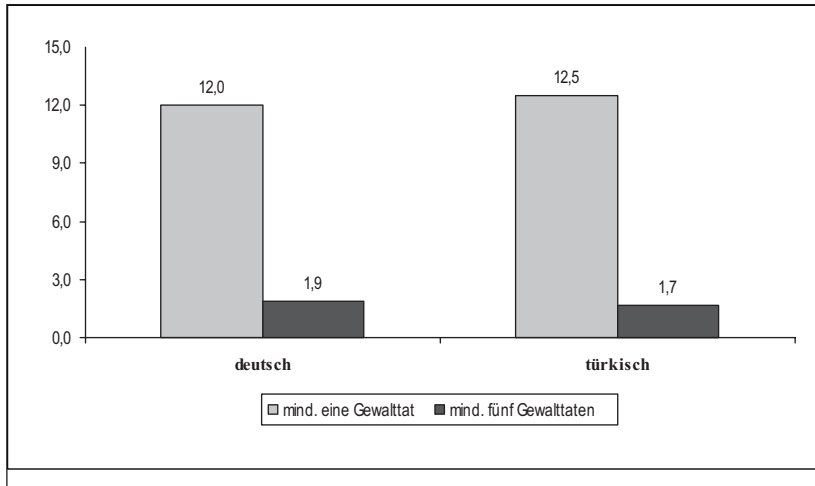
Das Beispiel mit den Zwillingen lässt sich freilich auch umdrehen. Die nachfolgende Abbildung 21 zeigt zunächst auf, dass junge Türken im Vergleich aller ethnischen Gruppen die höchste Gewaltbelastung aufweisen und die der deutschen bei den Mehrfachtätern um mehr als das Dreifache übersteigen.

Abbildung 21: Gewaltbereitschaft nach ethnischer Herkunft, 9. Jahrgangsstufe (in %, Schülerbefragung 2005)



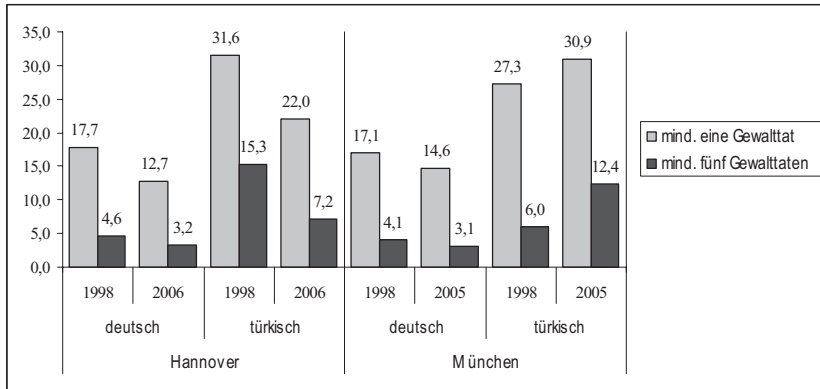
Bei dieser Gegenüberstellung der selbst berichteten Gewaltbelastung von Schülern und Schülerinnen aus den verschiedenen Ethnien vergleichen wir freilich gewissermaßen Äpfel mit Birnen. Wenn wir dagegen soziale Zwillinge vergleichen, also deutsche Jugendliche mit solchen aus türkischen Familien, die beide Realschüler sind, deren Familien nicht von Armut geprägt sind, die ohne elterliche Gewalterfahrungen in der Kindheit aufgewachsen sind und im Hinblick auf die Zustimmung zu Männlichkeitsnormen höchstens ein mittleres Niveau aufweisen, dann zeigen sich zur selbst berichteten Gewaltbelastung keine signifikanten Unterschiede mehr (Abbildung 22).

Abbildung 22: Gewaltraten von türkischen und deutschen Jugendlichen (nur Realschüler ohne Armutserfahrung, ohne elterliche Gewalterfahrung in der Kindheit und höchstens mittlere Zustimmung zu Männlichkeitsnormen, in %)



Die Tatsache, dass wir in München und Hannover sowohl in den Jahren 1998 wie 2005/2006 mit Neuntklässlern repräsentative Schülerbefragungen durchführen konnten, ermöglicht es, die hohe Bedeutung der Bildungsintegration anhand eines Längsschnittvergleiches der Gewaltbelastung von jungen Deutschen und jungen Türken zu überprüfen. Abbildung 23 zeigt auf, dass sich die Gewaltbereitschaft von deutschen und türkischen Jugendlichen in Hannover und München teilweise konträr entwickelt hat. In Hannover hat die Quote der jugendlichen Gewalttäter sowohl bei deutschen wie bei türkischen Schülerinnen und Schülern deutlich abgenommen, wobei der Rückgang türkischer Mehrfachtäter von 15,3 Prozent auf 7,2 Prozent besonders stark ausfällt. Der Abstand der Gewaltbelastung beider ethnischer Gruppen hat sich dadurch hier von 10,7 Prozentpunkten auf 4 Prozentpunkte verringert. In München ist dagegen für den Zeitraum von 1998 bis 2005 eine andere Entwicklung zu beobachten. Zwar hat sich die Quote der deutschen Jugendlichen, die nach eigenen Angaben Gewalttaten verübt haben, dort im Verlauf der sieben Jahre etwas reduziert. Die Quote der türkischen Jugendlichen ist dagegen besonders bei den Mehrfachtätern stark angestiegen – von 6,0 Prozent auf 12,4 Prozent.

Abbildung 23: Gewalttäterraten im Zeitvergleich nach ethnischer Herkunft in Hannover und München (in %)

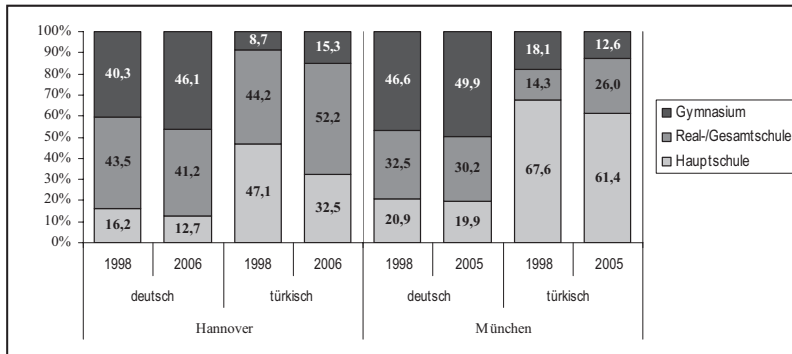


Bei der Suche nach Erklärungen für die in Abbildung 23 zum Ausdruck kommenden Trends können wir nur teilweise auf die in der obigen Pfadanalyse (Abbildung 20) bestätigten Einflussvariablen zurück greifen, weil einige 1998 noch nicht erhoben wurden (z. B. Art und Häufigkeit des Medienkonsums oder die Zusammensetzung von Freundschaftsnetzwerken). Zu anderen Faktoren zeigt sich im Städtevergleich kein gravierender Unterschied. Sowohl in München als auch in Hannover hat beispielsweise die innerfamiliäre Gewalt bei deutschen und türkischen Jugendlichen abgenommen (vgl. Baier 2008, S. 50 f.) Auffallend ist jedoch, dass sich die Akzeptanz gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen bei türkischen Jugendlichen unterschiedlich entwickelt hat. In Hannover ist hier ein Rückgang der Zustimmung zu verzeichnen, in München dagegen ein Anstieg (Baier 2008, S. 58 f.).

Die nachfolgende Abbildung 24 zeigt auf, dass hierbei die Frage der schulischen Integration junger Türken offenkundig eine zentrale Rolle gespielt hat. Im Hinblick auf die deutschen Jugendlichen wird zunächst deutlich, dass sich sowohl in Hannover wie in München deren Chancen deutlich erhöht haben, gestützt auf das Abitur einen vielversprechenden weiteren Ausbildungsweg einzuschlagen. Für die jungen Türken wird dagegen im Vergleich der beiden Städte eine unterschiedliche Entwicklung erkennbar – in München eine sinkende Gymnasialquote von 18,1 auf 12,6 Prozent, der in Hannover ein Anstieg von 8,7 Prozent auf 15,3 Prozent gegenüber steht. Ferner fällt auf, welche unterschiedliche Bedeutung die Hauptschule in den beiden Städten für junge Türken hat. Während sie in München im Jahr 2005 trotz leicht sinkender Tendenz mit 61,4 Prozent nach wie vor die klar dominierende Schulform darstellt, wird sie in Hannover inzwischen nur noch von knapp einem Drittel der türkischen Jugendlichen besucht (2006 32,5 Prozent gegenüber 1998 47,1 Prozent). Die große Mehrheit der türkischen Jugendlichen ist in Hannover heute im mittleren Bildungssegment (Realschule/Gesamtschule) zu finden (52,2 Prozent). In München gilt dies im Jahr 2005 nur

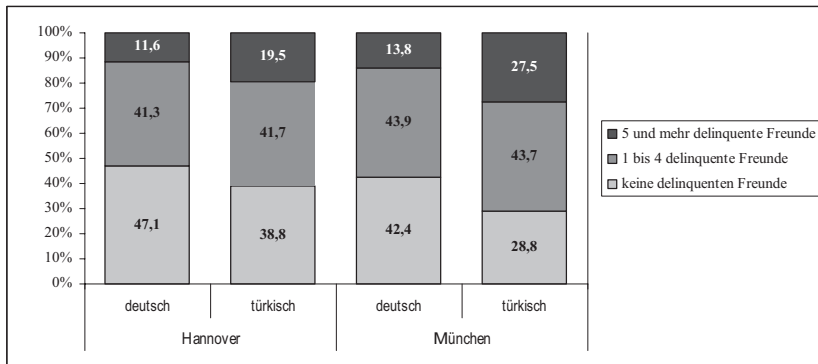
für 26 Prozent der jungen Türken.

Abbildung 24: Anteil Schüler, die Hauptschule bzw. Gymnasium besuchen, im Zeitvergleich in Hannover und München nach ethnischer Gruppe (in %)



Die unterschiedliche Bildungsintegration der jungen Türken in München und Hannover hat Folgen für die Zusammensetzung ihrer Freundschaftsnetzwerke. Dies demonstriert die nachfolgende Abbildung 25.

Abbildung 25: Delinquente Freunde deutscher und türkischer Jugendlicher in Hannover und München (KFN-Schülerbefragung 2005/2006; in %)



Zur Erklärung der Unterschiede, die in der Abbildung 25 deutlich werden, müssen wir uns zunächst klar machen, dass Hauptschüler in hohem Maß sozialen Randgruppen angehören. Zu Hause sind sie beispielsweise dreimal häufiger Opfer massiver innerfamiliärer Gewalt als etwa Gymnasiasten. Männliche Hauptschüler verbringen pro Tag mehr als sechs Stunden mit Fernsehen, Computerspielen und Internet und bevorzugen dabei weit stärker als ihre Alterskollegen aus den anderen Schultypen exzessive Gewalt. Nur eine Minderheit von ihnen ist Mitglied in einem Verein. Bei Realschülern und erst recht bei Gymnasiasten ist das die große Mehrheit (vgl. Pfeiffer/Baier 2007). Stattdessen bewegen sich Hauptschüler zu einem beachtlichen Teil in problemati-

schen Freundschaftsnetzwerken. An dem in der Abbildung dargestellten Vergleich von München zu Hannover wird das besonders deutlich: Den 27,5 Prozent türkischer Jugendlicher, die in München angegeben haben, fünf und mehr delinquente Freunde zu haben, stehen in Hannover nur 19,5 Prozent gegenüber. Auf der anderen Seite sind es in München nur 28,8 Prozent der jungen Türken, die keine delinquenten Freunde haben, in Hannover dagegen 38,8 Prozent. Damit bestätigt der Städtevergleich, dass der Besuch der Hauptschule unter den heutigen Rahmenbedingungen die Zugehörigkeit zu delinquenten Gruppen und die Entwicklung von Gewaltkarrieren fördert.

Damit stellt sich die Frage, womit es zu erklären ist, dass sich die Bildungsintegration der jungen Türken in den beiden Städten so unterschiedlich entwickelt hat. Teilweise ist dies sicherlich damit begründet, dass in Niedersachsen die Schullaufbahneempfehlungen der Grundschulen nicht bindend sind. Türkische Eltern, die in Hannover leben, haben also die Möglichkeit, ihr Kind trotz einer Hauptschulempfehlung in die Realschule zu schicken. In Bayern bedeutet die Empfehlung für Hauptschule dagegen, dass die Eltern daran weitgehend gebunden sind. Eine Ausnahme gilt nur für die sehr kleine Zahl von Schülerinnen und Schülern, die auf dem Weg einer strengen Sonderprüfung es dann doch noch schaffen, sich entgegen des Votums ihrer Grundschule für eine Realschule bzw. ein Gymnasium zu qualifizieren. Das allein kann aber kaum erklären, warum sich in Bezug auf die 14- bis 16-jährigen türkischen Schüler und Schülerinnen im Vergleich der beiden Städte eine derart unterschiedliche Schulintegration ergeben hat. Es gibt deutliche Hinweise dafür, dass der Bildungsweg junger Migranten in hohem Maße auch davon abhängig ist, ob sie außerhalb ihrer Familien Unterstützung dabei erhalten, schulisch voran zu kommen. Ich möchte das anhand eines Beispiels erläutern.

Mitte letzten Jahres hatte ich den Fehler begangen, mich noch gegen 10 Uhr abends handwerklich zu betätigen. Dabei geriet mein Daumen massiv in Mitleidenschaft. Ein gewaltiger Bluterguss unter dem Daumnagel verursachte höllische Schmerzen. Ich eilte zur Notaufnahme eines Krankenhauses. Zum Glück traf ich auf einen überaus freundlichen und kompetenten jungen Notarzt, der dafür sorgte, dass die Schmerzen schnell abnahmen. Und weil er zu meiner Überraschung einen türkischen Namen hatte, nutzte ich dann gleich die Gelegenheit, ihn über seinen Lebenslauf auszufragen. Wir sind nämlich zurzeit dabei, eine systematische Analyse zu „Perlen der Integration“ vorzubereiten. Da kam er mir gerade recht.

Nach seinem Bericht ist er im Alter von fünf nach Deutschland gekommen. Deswegen wies er in der Grundschule nur dürftige Sprachkenntnisse auf und wurde in seiner Klasse zu einem massiven Störfaktor. Das einzige Fach, in dem er positiv auffiel, war der Schulsport. Als Mittelstürmer sollte er sogar demnächst bei einem Schulvergleich der zweiten Klassen für Tore sorgen. Aber weil er im Unterricht so viel störte, hatte der Direktor die Eltern schon fast davon überzeugt, dass der kleine Mehmet in einer Sonderschule besser aufgehoben wäre. Die Schulmannschaft drohte damit ihren Mit-

telstürmer zu verlieren. Und das erfuhr ihr Trainer, ein junger Referendar. Er besucht daraufhin in Begleitung eines gut deutsch und türkisch sprechenden Mitschülers die Eltern von Mehmet und beschwor sie, den Mehmet doch in der Grundschule zu belassen. Der Junge sei begabt und bräuchte eigentlich nur bessere Deutschkenntnisse. Und da die Eltern nun mal kein Geld für Nachhilfeunterricht aufbieten konnten, bot sich der junge Mann als Helfer an. So kam es dann, dass Mehmet für die Schule weiterhin Tore schießen durfte und dank der Nachhilfe des Referendars auch schulisch allmählich Tritt fasste. Er brachte es dann sogar in der vierten Klasse zu einer Realschulempfehlung. Und weil ihm sein früherer Nachhilfelehrer erneut Mut machte, ist er dann zum Gymnasium gegangen, was ja in Niedersachsen zum Glück unproblematisch realisiert werden kann. Das Abitur hat er dann mit 1,2 geschafft und höchst erfolgreich Medizin studiert.

Was ich hier am Beispiel des jungen Arztes demonstrieren konnte, der zunächst in die Sonderschule gesteckt werden sollte, lässt sich durchaus generalisieren. Am Beispiel des Vergleiches von Hannover und München ist es ebenfalls bereits deutlich geworden. Die Schullaufbahneempfehlungen der Grundschulen werden insbesondere den jungen Migranten oft nicht gerecht. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden. Hamburg hat sich insoweit aus meiner Sicht zumindest auf den richtigen Weg begeben, als es die gemeinsame Grundschulzeit aller Kinder auf sechs Jahre erhöht hat. Der Blick in die Staaten, die bei PISA hervorragend abschneiden, zeigt aber das bildungspolitische Grundproblem. Mit unserem dreigliedrigen Schulsystem sind wir falsch aufgestellt. Es ist pädagogisch einfach nicht haltbar, dass wir nach wie vor glauben, im Alter von zehn eine klare Prognose dafür abgeben zu können, in welchen Schultyp Kinder gehören.

Doch zurück zu der Frage, was wir sonst aus dem Fall des jungen türkischen Arztes lernen können. Hannover bietet hier viele Erkenntnisse, die zur Nachahmung anregen.

So hat in dieser Stadt der Buchhändler Otto Stender den Verein Mentor e. V. ins Leben gerufen, in dem Menschen aus allen Altersgruppen solchen Schülerinnen und Schülern ehrenamtlich Unterstützung beim Lernen und Lesen anbieten, die zu Hause insoweit wenig Hilfe erwarten können. Inzwischen sind es mehr als 400 Bürgerinnen und Bürger, die hier aktiv sind und wesentlich dazu beitragen, dass vor allem junge Migranten schulisch besser voran kommen. Ein ganz ähnliches Ziel verfolgt das Projekt Balu und Du, das inzwischen an 22 Standorten in Deutschland zu finden ist. Initiiert hat es die Osnabrücker Professorin Müller-Kohlenberg. Ihre Ausgangsidee war, dass junge Menschen im Alter von 18 bis 30 als „Balu“ ein benachteiligtes Kind im Grundschulalter mindestens ein Jahr lang ein- bis zweimal die Woche zwei bis drei Stunden aktiv dabei unterstützen, dass es schulisch und sozial gut voran kommt. Die „Moglis“ sind 6- bis 10-jährige Grundschüler. Die Klassenlehrer wählen hierfür Kinder aus, um die sie sich Sorgen machen. Die Balus bieten ihnen jede Woche kon-

zentrierte Aufmerksamkeit, Nachhilfe und Freundschaft. Man trifft sich auch in der Gruppe mit den anderen Betreuern und Kindern. Die Evaluation des Projektes zeigt bei den Schützlingen der Balus deutliche Steigerungen in den schulischen Leistungen und Verbesserungen im Sozialverhalten. Es entwickelt sich mehr Kommunikationsfreude und mehr Selbstbewusstsein. Zu Recht hat das Projekt inzwischen eine Fülle von Preisen erhalten – vom Deutschen Förderpreis Kriminalprävention angefangen bis zum Preis des Bündnisses für Demokratie und Toleranz.

Als drittes Beispiel dafür, dass sich in Hannover im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements für junge Migranten im Verlauf der letzten zehn Jahre wirklich viel getan hat, möchte ich Ihnen die Bürgerstiftung Hannover nennen. Sie ist im Jahr 1997 von mir gemeinsam mit Freunden und Bekannten ins Leben gerufen worden. Ihre Vorgeschichte möchte ich kurz erläutern. 1996 hatte ich in New York Projekte besucht, die sich durchweg mit dem Problem der innerfamiliären Gewalt gegen Kinder und Frauen auseinandersetzten. Dabei war mir aufgefallen, dass sie überwiegend von der Community Foundation New York unterstützt wurden. Daraufhin habe ich mich für diese Organisation interessiert und etwas entdeckt, was mich seitdem zu einem beachtlichen Teil meiner Freizeit beschäftigt.

Es begann einige Wochen später damit, dass ich drei Freunde zu mir nach Hause eingeladen hatte, um ihnen am Beispiel dessen, was ich in New York wahrgenommen hatte, die Idee zur Gründung der Bürgerstiftung Hannover zu erläutern. Und es gelang tatsächlich, sie von diesem Vorhaben zu begeistern. Noch an demselben Abend einigten wir uns darauf, dass jeder von uns in einer Größenordnung von 3.000 bis 5.000 DM einsteigen wird und dass jeder versuchen wird, bis zum nächsten Treffen mindestens eine weitere Person für die Gründung unserer Stiftung zu gewinnen. Tatsächlich waren wir dann beim zweiten Treffen acht stiftungswillige Menschen, beim dritten Mal hatte sich die Zahl auf 16 erhöht. Dann gingen wir an die Presse. Und Ende 1997 waren es dann 31 Personen, die als Gründungstifter zusammen 151.000 DM zur Verfügung gestellt haben. Das Grundkonzept unserer Initiative, dass sich die Zeitreichen, die Ideenreichen und die Geldreichen einer Stadt oder eines Landkreises zusammenfinden und gemeinsam Bürgerpower organisieren, hat sich von Hannover aus schnell weiter verbreitet. Mehr als 50 Mal wurde ich seitdem von Initiativgruppen aus dem gesamten Bundesgebiet dazu eingeladen, bei ihnen über unsere Erfahrungen zu berichten und das Konzept unserer Stiftung zu erläutern. Nach unserem Vorbild sind inzwischen in ganz Deutschland mehr als 150 weitere Bürgerstiftungen entstanden. Und mehr als 50 kommen noch hinzu, die von Volksbanken und Sparkassen ins Leben gerufen wurden und eine etwas andere Binnenstruktur haben.

Allen Bürgerstiftungen ist gemeinsam, dass sie vor allem in den Bereichen Jugend, Soziales und Kultur Projekte fördern und selber durch ehrenamtliches Engagement Initiativen voran bringen. Manche beschränken sich darauf Geld zu sammeln und die Erträge für die Förderung von Projekten zu nutzen, die sich Vereine und Bürgerini-

tiativen ausgedacht haben. Andere Bürgerstiftungen legen den Schwerpunkt darauf, selber vor allem Zeitstifter zu begeistern, die primär im Kinder- und Jugendbereich aktiv daran mitwirken, dass sozial Benachteiligte Chancen erhalten, sich positiv zu entfalten. Die Bürgerstiftung Lilienthal ist hierfür ein großartiges Beispiel. Sie hat mehr als 150 aktive Helfer dafür gewonnen, ehrenamtlich in einer von ihr in einem der Bürgerstiftung vererbten Haus eine Kinderakademie für Drei- bis Zwölfjährige aufzubauen. In dieser Einrichtung finden laufend Lesegruppen, Malprojekte, Musikaktivitäten und Nachhilfekurse statt. Darüber hinaus wurden in den Schulen Lese- und Gewaltpräventionsprojekte realisiert. Mit ihren Aktivitäten hat die Bürgerstiftung Lilienthal in den fünf Jahren seit ihrer Gründung inzwischen tausende von Kindern erreicht. Und allmählich findet das nun auch seinen positiven Niederschlag in einem anwachsenden Kapitalstock.

Doch zurück zur Bürgerstiftung Hannover. Unser Motto war von Beginn an „Zukunftsinvestition Jugend“. Seit 1997 hat sich das Kapital unserer Stiftung auf über 3,1 Millionen Euro erhöht. Im Laufe von 10 Jahren konnten 750.000 Euro für mehr als 200 Projekte investiert werden, die ganz überwiegend im Kinder- und Jugendbereich angesiedelt sind. Teilweise wurden sie von der Bürgerstiftung selber initiiert. Überwiegend wurden sie von Vereinen und Bürgergruppierungen ins Leben gerufen, die von der Bürgerstiftung sowie häufig auch von anderen Institutionen gefördert wurden. Projekte in den Bereichen Sport, Theater, Musik und Tanz gehören ebenso dazu wie die Nachmittagsbetreuung von Kindern aus sozialen Randgruppen oder die Ausbildung von Konfliktlotsen an Schulen. Und immer wieder waren und sind junge Migrant*innen Nutznießer dieser vielfältigen Aktivitäten.

Bundesweit sind es inzwischen ca. 10.000 Bürgerinnen und Bürger, die in ihre jeweilige Bürgerstiftung Zeit, Geld und Ideen investiert haben. Die insgesamt erreichte Kapitalsumme beider Gattungen von Bürgerstiftungen dürfte inzwischen über 100 Millionen Euro liegen. In den vergangenen zehn Jahren haben diese Stiftungen mehr als 20 Millionen dafür ausgegeben, in ihrem jeweiligen Gebiet Projekte zu fördern. Und für die Zukunft eröffnet der demografische Wandel glänzende Perspektiven. Für Staat und Gesellschaft mag es ja bedrohlich sein, dass 100 Deutsche nur noch 67 Kinder haben und mit etwa 45 Enkeln rechnen können. Aber die Bürgerstiftungen werden davon profitieren, denn diese Enkelgeneration erbt gewissermaßen trichterförmig von allen Seiten – von Onkeln, Tanten und Anverwandten, die keine Kinder mehr haben. Der private Reichtum wird in der oberen Hälfte unserer Gesellschaft so stark ansteigen wie nie zuvor. Wenn man dann noch berücksichtigt, dass einige der älteren Bürgerstiftungen Deutschlands schon heute über feste Erbschaftszusagen in Höhe von mehr als 10 Millionen Euro verfügen, eröffnen sich wirklich großartige Zukunftsperspektiven. Ich bin sicher, dass die Bürgerstiftungen Deutschlands in zehn Jahren über mehr als eine Milliarde Euro auf ihren Kapitalkonten haben werden und dass aus dieser Quelle viel Kraft dafür erwachsen wird, durch bürgerschaftliches Engagement

die soziale Integration von gefährdeten Kindern und Jugendlichen voran zu bringen.

Anhand von fünf Beispielen möchte ich nachfolgend deutlich machen, wo Bürgerinnen und Bürger hier Aktivitäten entfalten können und sollten. Die Überschrift für das erste lautet: „Freundschaftsnetzwerke positiv beeinflussen“. Unsere Schülerbefragung des Jahres 2005 hat deutlich gemacht, welches Potenzial in diesem Bereich liegt. Allen Viertklässlern aus Migrantenfamilien hatten wir die Frage gestellt: Bist du im letzten Jahr von einer/n deutschen Mitschüler/in zum Geburtstag eingeladen worden. In Oldenburg bejahten das beispielsweise 90 Prozent der türkischen Grundschul Kinder, in Dortmund waren es dagegen nur 27 Prozent. Nicht überraschend zeigte sich ferner, dass die selbst berichtete Kinderdelinquenz der 10-jährigen Türken im Vergleich der beteiligten Großstädte in Dortmund am höchsten ausgefallen ist und in Oldenburg am zweitniedrigsten (im Vergleich zu Dortmund – 38 Prozent). Diese starken Unterschiede, die sich zur sozialen Integration von türkischen Kindern im Vergleich der beiden Städte abzeichnen, sind offenkundig auch die Folge einer unterschiedlichen Verteilung der türkischen Familien in den beiden Städten. In Dortmund gibt es eine starke Konzentration der türkischen Wohnbevölkerung in bestimmten Stadtteilen mit der Folge, dass der kleine Mehmet im Kindergarten primär auf kleine Mustafas und möglicherweise Igors trifft. In Oldenburg dagegen verteilt sich die türkische Minderheit weit besser im Stadtgebiet mit der Folge, dass die kleinen Mehments im Sandkasten primär auf Max und Moritz getroffen sind und dann schnell Deutsch lernten, zu Kindergeburtsstagen eingeladen wurden und sich sozial besser integrieren konnten.

In Kanada hat man sich das zunutze gemacht. Sehr früh haben dort Bürgerinitiativen und auch die Politik darauf hingewirkt, dass die Migrantenkinder sich möglichst gleichmäßig auf die Kindergärten eines Stadtteils oder einer Region verteilen. Gute Erfahrungen hat man dabei mit der Grundregel gemacht, dass die ersten 25 Prozent der Kindergartenplätze jeder Gruppe zunächst einmal von Migrantenfamilien beansprucht werden können. Die Einheimischen kommen erst dann zum Zuge, wenn erstere die Möglichkeit gehabt haben, die reservierten Plätze in Anspruch zu nehmen. Bei den Migrantenfamilien wiederum hat man aktiv dafür geworben, etwas längere Anfahrtswege dafür in Kauf zu nehmen, dass ihre Kinder sprachlich und sozial integriert werden. Das Konzept hat sich deswegen bewährt, weil beide Seiten davon profitieren, wenn in den Grundschulen auch die Migrantenkinder die Sprache ihres neuen Heimatlandes gut beherrschen und einheimische Freunde aus der Kindergartenzeit haben.

Mit meinem zweiten Beispiel möchte ich einer Erkenntnis Rechnung tragen, die in Deutschland glücklicherweise inzwischen immer mehr Beachtung findet: Nichts fördert die persönliche und soziale Entwicklung von Kindern stärker, als frühzeitig gemeinsam miteinander zu musizieren. Der Frankfurter Musikwissenschaftler Bastian hat dazu schon in den neunziger Jahren in Berlin einen wegweisenden Modellversuch durchführen können, an dem er zwei identisch zusammengesetzte Gruppen

von Schulklassen beteiligen konnte. Die einen erhielten während der gesamten sechsjährigen Grundschulzeit an drei Nachmittagen der Woche Instrumentalunterricht und lernten es, gemeinsam zu musizieren. Die anderen hatten als Kontrollgruppe das normale Alltagsleben. Beide Klassengruppen waren teilweise in sozialen Brennpunkten Berlins angesiedelt (Bastian 2001).

Bastian konnte nachweisen, dass sich in den aktiv musizierenden Klassen das soziale Klima im Laufe der Jahre nachhaltig verbesserte und dass im Vergleich zu den Klassen der Kontrollgruppe bei ersteren die Quote der Schüler und Schülerinnen mit 38 Prozent zu 66 Prozent deutlich niedriger ausfiel, die von irgendeinem Klassenmitglied die Bewertung erhalten hatten „Den mag ich nicht“. Indirekt bestätigte damit die Forschung von Bastian eine Aussage, die der frühere Innenminister Schily einmal getroffen hat: „Wer Musikschulen schließt, gefährdet die innere Sicherheit“. Auch deswegen ist es nur zu begrüßen, dass zurzeit in Nordrhein-Westfalen ein breit angelegter Schulversuch anläuft. An den Grundschulen des Ruhrgebietes soll schrittweise das Konzept umgesetzt werden, dass jedes Kind im Laufe von vier Jahren ein Musikinstrument erlernt und dass überall dadurch kleine Schülerorchester entstehen.

Erneut sind es die Bürgerstiftungen, die hier an vielen Orten in Deutschland Bahnbrechendes leisten. Besonders hervorheben möchte ich als Beispiel die Bürgerstiftung Hamburg, die hier für zwei Altersgruppen Initiativen auf den Weg gebracht hat. Zum einen konnte sie Jugendliche aus sozialen Randgruppen dafür begeistern, im Projekt „Hot Schrott“ buchstäblich aus Metallschrott Klangerinstrumente für Trommlergruppen herzustellen und anschließend darauf in großen Gruppen faszinierende Rhythmusmusik zu erzeugen. Zum anderen hatte sie mit einer Idee großen Erfolg, wie man Kinder aus sozial schwachen Familien frühzeitig an Instrumentalunterricht heranbringen kann. In einer Anzeige hatte sie dafür geworben, dass ihr von Bürgerinnen und Bürgern kostenlos Musikinstrumente zur Verfügung gestellt werden, die man früher einmal für die eigenen Kinder erworben hatte und die dann später nicht mehr genutzt wurden. Auf einen Schlag gab es auf einmal alles in großer Zahl, was benötigt wurde: von Flöten angefangen bis hin zu Blasinstrumenten oder Geigen. Da sich dann auch noch eine Vielzahl von Studenten der Musikhochschule und ehrenamtlich tätiger Musiklehrer bereit fand, interessierten Kindern aus sozial schwachen Familien kostenlos Instrumentalunterricht anzubieten, gab es gleich zu Beginn der Fünfjahresfeier der Bürgerstiftung einen besonderen Höhepunkt. Auf der Bühne standen 15 ca. fünf- bis siebenjährige Kinder, die auf ihren Streichinstrumenten die ca. 500 Gäste der Veranstaltung mit Melodien von Kinderliedern wie etwa „Alle meine Entchen“ begeisterten.

Das zweite Beispiel aus diesem Bereich betrifft die Stadt Markdorf am Bodensee. Dort hatte man sich vor gut einem Jahr dazu entschlossen, eine Bürgerstiftung nur für den Bereich der Jugendmusikkultur zu gründen. Damit das auch klappt, hat man am Abend der Gründungsveranstaltung mit über 50 Jugendlichen eine Jugendoper

aufgeführt. Mehr als 250 Menschen kamen, um sich das Spektakel anzusehen und ich durfte dann die Animationsrede dafür halten, dass sich möglichst viele noch am selben Abend dazu entschließen, durch ihre Unterschrift Mitglied der Bürgerstiftung zu werden. Mit dem Bürgermeister der Stadt schloss ich eine Wette ab, dass an dem Abend Unterschriften für 100.000 Euro zusammen kommen werden. Er hielt nicht einmal die Hälfte für möglich. Natürlich machte ich es dann öffentlich, dass wir hier gewettet hatten. Und dann kam der Augenblick, wo es sich zeigen sollte, wer gewinnt. 67 Leute standen in der Schlange für die Erstunterzeichner. Am Ende waren es dann nur 97.000 Euro. Als dann aber der Bürgermeister ans Mikrofon ging und ankündigte, dass die restlichen 3.000 nun von Seiten der Stadt Markdorf gestiftet werden würden, war einer der Sänger nicht mehr zu halten. Er intonierte das allseits bekannte Lied „So ein Tag, so wunderschön wie heute“ und 250 Gäste der Veranstaltung sangen begeistert mit. Das war wirklich ein Beispiel für Bürgerpower pur.

Der dritte Punkt, den ich als große Zukunftsaufgabe für bürgerschaftliches Engagement skizzieren möchte, ist die Rettung der Nachmittage der Kinder aus den sozialen Randgruppen. Bei meinen Ausführungen zum Medienkonsum der Kinder und Jugendlichen hatte ich darauf hingewiesen, dass vor allem die Kinder aus bildungsfernen und von Armut geprägten Familien nach der Schule stundenlang damit beschäftigt sind, fernzusehen, Computer zu spielen und zu chatten. Unsere Datenerhebung hat beispielsweise erbracht, dass es ein 10-jähriger türkischer Junge aus Dortmund pro Schultag auf 4,2 Stunden Medienkonsum bringt, das andere Extrem war das bayerische Mädchen aus München mit etwas weniger als einer Stunde. Und diese Schere wird mit wachsendem Lebensalter der Kinder und Jugendlichen immer größer. Hiergegen gibt es aus meiner Sicht nur ein in der Breite wirksames Gegenmittel: die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen. Aber sie dürfen nachmittags natürlich nicht als Kinderbewahranstalten mit Suppenküche zwischendrin ausgestaltet werden oder als Paukeinrichtungen, wie wir sie gegenwärtig im Hinblick auf die G8-Klassen erleben. Nein! Was wir brauchen sind Ganztagschulen, die nachmittags nur einem Motto verpflichtet sind: Lust auf Leben wecken durch Sport, Musik, Kultur und soziales Lernen. Die Schüler und Schülerinnen müssen die Chance erhalten, nachmittags Leidenschaft für irgendetwas zu entwickeln, was sie dann auch an Wochenenden und in den Ferien begeistert und sie davon abhält, in das zu geraten, was wir Medienverwahrlosung nennen. Und eines müssen wir uns dabei klar machen: die Schulen werden diese große Aufgabe nicht bewältigen können, wenn wir sie damit alleine lassen. Natürlich muss es für die Realisierung dieses Konzeptes mehr Lehrer geben. Aber diese brauchen zur Unterstützung bei der Entwicklung von attraktiven Nachmittagsangeboten die örtlichen Bürgerstiftungen, Sportvereine, Musikschulen, Elternvereinigungen und natürlich auch aktives Sponsoring von Firmen, die sich für „ihre“ Schule stark machen. Hier eröffnet sich wirklich ein großes Aufgabenfeld für bürgerschaftliches Engagement.

Mein vierter Punkt knüpft an das an, was ich oben im Vergleich von Hannover und München dargestellt habe. In Westdeutschland haben die meisten Bundesländer noch eine Aufgabe vor sich, die man im Osten gleich nach der Wiedervereinigung bewältigt hat: konstruktive Antworten auf die Misere der Hauptschule zu entwickeln. Angesichts der Tatsache, dass die Hauptschule sich in den letzten Jahren immer mehr zu einem eigenständigen Verstärkungsfaktor der Jugendgewalt entwickelt hat und dass sie ihren Absolventen immer weniger Perspektiven auf dem Lehrstellenmarkt vermitteln kann, führt wohl kein Weg mehr daran vorbei, sie schrittweise mit der Realschule zu verheiraten und aufzulösen. Natürlich gibt es dann Protest der Realschullehrerverbände „Die Rabauken von der Hauptschule können wir überhaupt nicht brauchen“ formulierte kürzlich der Direktor einer Realschule bei einer Abendveranstaltung, an der ich als Referent mitwirkte. Die Antwort darauf liegt auf der Hand: Im Alter von 10 sind die Absolventen der Grundschule noch keine Rabauken. Sie werden es aber dann, wenn wir die familiär und sozial besonders Belasteten unter ihnen auf einen Schultyp konzentrieren und ihnen nicht die Entwicklungsperspektiven vermitteln, wie sie in den Regelschulen Ostdeutschlands, in den neuen Stadtteilschulen Hamburgs oder in vielen integrierten Gesamtschulen eröffnet werden. Aber zu meiner Freude zeichnet sich Bewegung in der Schullandschaft ab. Realschulen und Hauptschulen rücken vielerorts enger zusammen oder werden gar miteinander verschmolzen. Mehrfach habe ich selber erlebt, dass Landeselternbeiräte entsprechende Forderungen aufstellen und in Baden-Württemberg haben sogar die Direktoren von 100 Hauptschulen die Initiative ergriffen und von ihrem Kultusministerium eine konstruktive Antwort auf die dringenden Probleme erbeten. Entscheidend wird aber auch hier sein, ob und in welchem Ausmaß sich bürgerschaftliches Engagement dafür vor Ort heranzubildet, die Misere der Hauptschule zu überwinden.

Mein letzter Punkt orientiert sich noch einmal an Erkenntnissen, die wir durch unsere Schülerbefragung der Jahre 2005/2006 gewonnen haben. Die nachfolgenden Abbildungen 26 und 27 zu den Auswirkungen innerfamiliärer Gewalt auf das Verhalten von Kindern und Jugendlichen bieten allen Anlass, hier mehr Aktivitäten zu entfalten.

Abbildung 26: Delinquentes Verhalten nach erlebter Elterngewalt in der Kindheit (in %)

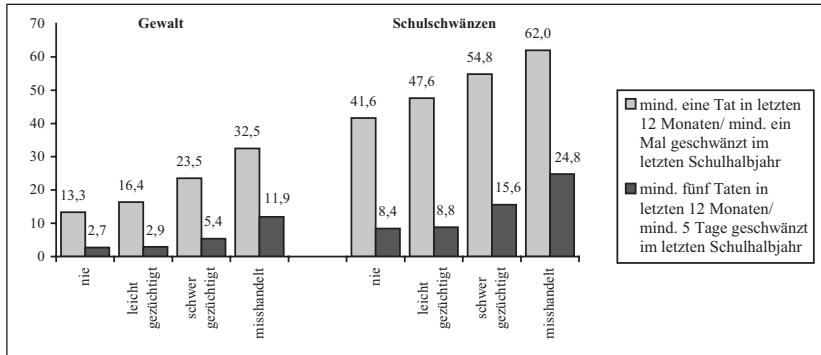
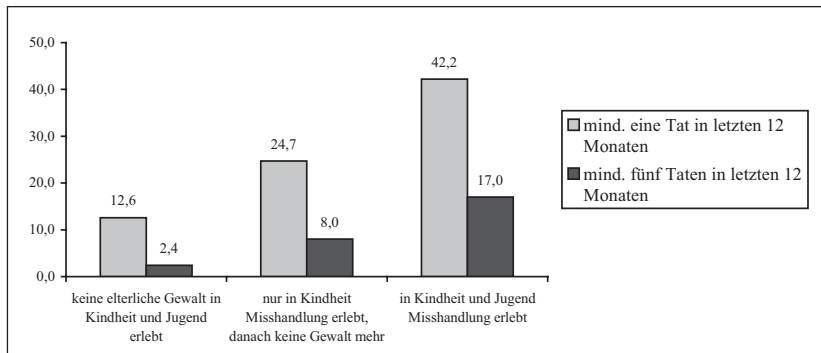


Abbildung 27: Gewalttätiges Verhalten nach erlebter Elterngewalt in Kindheit und Jugend (in %)



Die erste der beiden Abbildungen zeigt noch einmal, in welchem hohem Maß Jugendgewalt und Schulschwänzen dadurch gefördert werden, dass Eltern ihre Kinder schlagen oder gar misshandeln. Eine Erkenntnis eröffnet hier Perspektiven für präventives Handeln. In der zweiten der beiden Abbildungen wird nämlich erkennbar, dass es einen großen Unterschied macht, ob die innerfamiliäre Gewalt ein Kind durchgängig bis zum 15. Lebensjahr belastet oder ob sich diese Opfererfahrung auf die Zeit vor dem zwölften Geburtstag beschränkt. Wenn Letzteres der Fall ist, erhöht sich die Quote der Intensivtäter im Vergleich zu den völlig gewaltfrei erzogenen Kindern nur von 2,4 auf 8 Prozent. Sie steigt aber auf 17 Prozent, wenn man sowohl in der Kindheit wie in der Jugendzeit von den Eltern Misshandlungen erfahren hat. Die Folgerung daraus liegt auf der Hand. Wir sollten alles daran setzen, Kindern und Jugendlichen so früh wie möglich Hilfe gegen innerfamiliäre Gewalt anzubieten.

Bisher sind solche Bemühungen oft auch daran gescheitert, dass man keine Möglichkeit gesehen hat, mit Kindern über derartige innerfamiliäre Probleme zu sprechen, ohne dass die Eltern davon erfahren haben. So wurde ich von Baden-Württembergischen Schulpsychologen kürzlich darauf hingewiesen, dass in ihrem Bundesland Lehrer, Schulsozialarbeiter oder Schulpsychologen nur dann berechtigt seien, mit Kindern über konkrete Probleme innerfamiliärer Gewalt zu sprechen, wenn dies vorher ausdrücklich von den Eltern genehmigt worden ist. Dies könnte sich nun allerdings ändern. Am 01.04.2008 hat das Bundesverfassungsgericht im Rahmen einer Entscheidung, die den Kontakt von Eltern zu ihren Kindern betraf, eine sehr grundsätzliche Aussage getroffen. Das Gericht hat festgestellt, dass es ein Grundrecht der Kinder auf Pflege und Erziehung gibt und dass dem Kindeswohl im Konfliktfall Vorrang vor der elterlichen Verantwortung für die Erziehung des Kindes einzuräumen ist.

Damit wird eine Tür geöffnet. Es erscheint nun denkbar, im Rahmen eines Modellversuches Folgendes zu erproben: Kinder aus vierten Grundschulklassen oder Fünft- bzw. Sechstklässler erhalten während des Unterrichts Besuch von Vertretern des Kinderschutzbundes, die auf ihre Aufgabe speziell geschult und vorbereitet worden sind. Das Angebot der Besucher lautet, dass die Kinder sich jederzeit angstfrei an diese Personen wenden dürfen, wenn sie zu Hause Opfer innerfamiliärer Gewalt geworden sind und Hilfe benötigen. Ihnen wird zugesichert, dass weder die Eltern noch das Jugendamt oder andere Einrichtungen von dem Kenntnis erhalten, was sie den Vertrauenspersonen berichten und dass sie selber gemeinsam mit ihrem Helfer darüber entscheiden, wie es weitergehen soll. Das Ziel ist klar: Die Kinder sollen nicht mehr länger nur Objekt gut gemeinter Hilfsprojekte sein, sondern als Subjekt selber auf der Grundlage einer kompetenten Beratung klären und entscheiden, wie sie aus ihrer innerfamiliären Leidenserfahrung heraus kommen können. Es liegt auf der Hand, dass ein derartiges Konzept mit Risiken behaftet ist. Man denke nur an die schmerzhaften Prozessverfahren, die es wegen Falschbeschuldigungen von Kindern im Hinblick auf sexuellen Missbrauch von Personen aus ihrem näheren sozialen Umfeld gegeben hat. Diese Erfahrungen sollten uns nicht davon abhalten, einen derartigen Modellversuch zu erproben. Sie mahnen aber dazu, die Akteure des Projekts sorgfältig auf ihre Aufgabe vorzubereiten und den Modellversuch sensibel und kritisch mit Forschung zu begleiten.

Ich fasse zusammen und ergänze Folgerungen, die sich aus meinem Vortrag und dem Gutachten von Wiebke Steffen ableiten lassen:

Die Gesamtlage der Kriminalitätsentwicklung in Deutschland ist positiv. Angesichts der vor uns liegenden, weiter voranschreitenden Überalterung unserer Gesellschaft spricht alles dafür, dass dieser Trend sich weiter verstärken wird. Ärgerlich ist nur, dass die Menschen in unserem Land das, was ich einleitend dazu dargestellt habe, ganz überwiegend nicht als für sie verständliche Informationen vermittelt bekommen haben. Weil sich deswegen die gefühlte Kriminalitätstemperatur weit von der Wirk-

lichkeit entfernt hat und die große Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen steigende Kernkriminalität unterstellt, nimmt in der Bevölkerung der Wunsch nach härteren Strafen zu – mit all den Konsequenzen die daraus folgen. Die Strafgesetze werden verschärft, die Gerichte setzen das in härteren Strafen um, die Kosten des Strafvollzugs erhöhen sich und das Geld fehlt, um vernünftige Präventionsarbeit zu leisten. Wir brauchen aber nicht noch mehr Gefängnisse. Die wirkliche Bedrohung ist eine ganz andere:

Sorgen machen müssen wir uns um die bei den Jugendlichen ansteigende Winner-Loser-Kultur, um die wachsenden sozialen Gegensätze, um die Leistungskrise der Jungen und jungen Männer und die mangelnde Integration von jungen Migranten. Deswegen sollte eine klare Zielsetzung von Politik und Gesellschaft das sein, was sich die Bürgerstiftungen schon seit langem auf ihre Fahnen geschrieben haben: Zukunftsinvestition Jugend. Wenn irgendwo eine Bankenkrise ausbricht, weil unfähige Manager sich beim Monopoly Spielen mit unseren Ersparnissen gewaltig verzockt haben, dann ist die Politik schnell bei der Hand, eine Milliarde nach der anderen zu spendieren und die Löcher zu stopfen. Wenn gleichzeitig aber erkennbar wird, dass wir im Bereich von Bildung für die Verbesserung der Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen Milliardeninvestitionen benötigen, dann wird das auf die lange Bank geschoben. Es ist nicht akzeptabel, dass die Politik diese massive Bedrohung der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft weniger ernst nimmt als die Bankenkrise.

Eines macht uns freilich Mut. Die Bürger haben zunehmend begriffen, dass wir alle selber mehr Verantwortung übernehmen müssen, wenn wir verhindern wollen, dass aus den beschriebenen Krisensymptomen eine massive Gefährdung unserer gesellschaftlichen Entwicklung wird. Das was Wiebke Steffen in ihrem Gutachten beschreibt, zeigt es deutlich: Gerade in den Bereichen bürgerschaftlichen Engagements, die sich kriminalpräventiv auswirken, ist in den letzten zehn Jahren Vieles gut voran gekommen. Darauf können wir stolz sein. Zum Innehalten ist freilich kein Anlass. Auf diesem Kurs müssen wir weiter voran schreiten und vor allem den Einrichtungen Partnerschaft und Unterstützung anbieten, die sich um gefährdete Kinder und Jugendliche kümmern.

Anlass zur Sorge bietet aber die Tatsache, dass in einem Bereich das Engagement besonders der jungen Menschen deutlich zurückgeht: Ihr Interesse für die Mitarbeit in politischen Parteien. Das darf nicht so bleiben. Gerade die jungen Leistungsträger werden immer seltener aktive Mitglieder in demokratischen Parteien. Ich erlebe das häufig, wenn ich von der Parteibasis zu Vorträgen eingeladen werde. Selbst bei den Grünen und erst recht bei SPD, CDU und FDP erlebe ich diese Veranstaltungen meist als Seniorentreffen, zu denen sich auch ein paar versprengte junge Leute eingefunden haben. Und erschreckend ist dann oft auch, was sich nach dem Vortrag an Diskussionsniveau ergibt. So kann und darf es nicht weitergehen. Die Parteien haben nun einmal von unserer Verfassung die wichtige Aufgabe der politischen Willensbildung

von unten übertragen bekommen. Wir brauchen gerade dort die klugen Köpfe unseres Landes. Die in allen Parteien seit Jahren zu beobachtende Erosion intellektueller und fachlicher Substanz darf sich in unser aller Interesse nicht weiter fortsetzen. Deswegen rufe ich ausdrücklich dazu auf, dass sich bürgerschaftliches Engagement nicht nur in den Vereinen, den Bürgerinitiativen und den Bürgerstiftungen festmacht, sondern auch darin, dass wir die aktive Mitarbeit in Parteien wieder als wichtiges Aufgabefeld entdecken. Die Parteien selber sind aufgefordert, hierfür attraktive Angebote zu entwickeln. Aber mein Appell richtet sich genauso an uns alle als Eltern, als Lehrer, als Menschen dieser Gesellschaft, hier nicht länger nur die mäkelnden und unzufriedenen Kritiker einer bedrohlichen Entwicklung zu sein, sondern für ein aktives Engagement in politischen Parteien zu werben.

Mein letzter Punkt knüpft an etwas an, was ich mit Begeisterung in angelsächsischen und nordischen Ländern wahrgenommen habe: eine dort hoch entwickelte Kultur der Anerkennung für bürgerliches Engagement. Insoweit sind wir noch ein unterentwickeltes Land, das von anderen lernen kann. Deshalb möchte ich meinen Vortrag schließen mit der Erinnerung an einen kürzlich verstorbenen Menschen, der mich als Vorbild an zivilgesellschaftlichem Engagement zutiefst beeindruckt hat: Graf von der Groeben.

Vor 11 Jahren durfte ich in Dresden einen Vortrag zum Thema der Prävention von Jugendgewalt halten. Zwangsläufig kam dabei am Ende des Referates auch auf das Problem zu sprechen, dass uns öffentliche Ideenarmut und öffentliche Geldarmut nicht selten daran hindern, hier neue Wege zu gehen. Damals ergänzte ich dann freilich, dass uns das Jammern über diesen Zustand nicht weiterhilft und dass wir deswegen Bürgerstiftungen gründen sollten, die hier mehr Eigenverantwortung übernehmen. In der Diskussion des Referates stellte ein älterer Herr kluge Fragen zu diesem letzten Punkt meines Vortrages. Und vom ersten Augenblick an war mir bewusst, dass es sich bei ihm um eine besondere Persönlichkeit handelt - um einen Grandseigneur der alten Schule mit einer starken Ausstrahlung von intellektueller Kraft, großer persönlicher Wärme und innerer Unabhängigkeit. Im persönlichen Gespräch erfuhr ich dann, dass es sich bei ihm um einen ehemaligen Unternehmer handelt, der die Freiheit des Alters nun dazu nutzte, sich für gesellschaftliche Anliegen zu engagieren. Eine Woche später lud er mich um Essen in ein berühmtes Hotel nach Hamburg ein. Zu Beginn dieses Gespräches überreichte er mir einen Umschlag und erläuterte mir, dass er sich darin verpflichtet hätte, mir für die Startphase der ersten deutschen Bürgerstiftung und die spätere Verbreitung dieser Idee 500.000 DM zur Verfügung zu stellen. So geschah es dann.

Graf von der Groeben wurde zu einer der großen Leitfiguren dieser Entwicklung, die ich vorhin skizziert habe. In jedem meiner inzwischen über 50 Vorträge, in denen ich auf Einladung einer Initiativegruppe irgendwo in Deutschland zur Gründung einer Bürgerstiftung aufrufen durfte, habe ich über eine Szene berichtet, die sich beim

80sten Geburtstag von Graf von der Groeben ereignete. In einem noblen Hotel Baden-Badens hatten sich seine zahlreichen Verwandten versammelt. Aber es gab da auch drei fremde Personen, die er als Gäste eingeladen hatte, damit sie den staunenden Zuhörern über das berichteten, was dem Graf von der Groeben am Ende seines Lebens so wichtig geworden war. Frau Anette Kahane von der Amadeo Antonio Stiftung erzählte, dass sie mit den zwei Millionen des Grafen umfangreiche Aktivitäten zur Bekämpfung rechtsradikaler Gewalt in Brandenburg organisieren konnte. Professor Ernst Küng aus Tübingen schilderte die Gründung seiner Stiftung Weltethos, die nur möglich wurde, weil Graf von der Groeben hierfür sechs Millionen DM zur Verfügung gestellt hatte. Ich berichtete über seinen wichtigen Beitrag zur Realisierung und Verbreitung der Bürgerstiftungsidee in Deutschland.

Danach ging Graf von der Groeben ans Mikrofon und erläuterte in einer kurzen Ansprache, warum er sich neuerdings für derartige Ziele engagiert. Für die große Mehrheit der Anwesenden war das alles völlig überraschend gekommen. Und noch mehr staunten sie über das, was er dann in einigen Kernsätzen zum Ausdruck brachte: „Rückblickend gesehen“, so meinte er, „war es keine Schande reich zu werden. Aber ich ergänze heute: es wäre eine Schande reich zu sterben. Nach diesem Motto werde ich verfahren“, Und er berichtete dann, welch wunderbare Erfahrung es für ihn und seine Frau geworden sei, mitzuerleben, welch großartige Früchte ihr finanzielles Engagement hervorgebracht hat. Er schloss mit dem Satz: “Mit warmer Hand geben macht soviel mehr Freude als mit kalter Hand“. Diesem großartigen Menschen widme ich meine Eröffnungsrede zum Deutschen Präventionstag.

Literatur

- Baier, D. (2008). Entwicklung der Jugenddelinquenz und ausgewählter Bedingungsfaktoren seit 1998 in den Städten Hannover, München, Stuttgart und Schwäbisch Gmünd. KFN-Forschungsberichte Nr. 104.
- Baier, D., Pfeiffer, C. (2008). Türkische Kinder und Jugendliche als Täter und Opfer von Gewalt. In: Brumlik, M. (Hrsg.), Ab nach Sibirien - Wie gefährlich ist unsere Jugend? (im Erscheinen).
- Baier, D., Pfeiffer, C. (2007). Hauptschulen und Gewalt. Aus Politik und Zeitgeschichte, 28, 17-26.
- Baier, D., Pfeiffer, C., Windzio, M., Rabold, S. (2006). Schülerbefragung 2005: Gewalterfahrungen, Schulabsentismus und Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen. Abschlussbericht über eine repräsentative Befragung von Schülerinnen und Schülern der 4. und 9. Jahrgangsstufe. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.
- Bastian, H. G. (2001): Musikerziehung und ihre Wirkung. Eine Langzeitstudie an Berliner Grundschulen. Mainz: Schott.
- Pfeiffer, C. (1998): Juvenile Crime and Violence in Europe. Crime and Justice - A Review of Research, 23, 255 - 328.

- Pfeiffer, C., Möble, T., Kleimann, M., Rehbein, F. (2008). Die PISA-Verlierer - Opfer ihres Medienkonsums. Eine Analyse auf der Basis verschiedener empirischer Untersuchungen. KFN: <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/pisaverlierer.pdf>.
- Pfeiffer, C., Kleimann, M., Petersen, S., Schott, T. (2005). Migration und Kriminalität. Ein Gutachten für den Zuwanderungsrat der Bundesregierung. Baden-Baden: Nomos.
- Pfeiffer, C., Windzio, M., Kleimann, M. (2004). Die Medien, das Böse und wir. Zu den Auswirkungen der Mediennutzung auf Kriminalitätswahrnehmung, Strafbedürfnisse und Kriminalpolitik. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 87(6), 415 - 435.
- Steffen, W. (2008): Engagierte Bürger - sichere Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention, in: Marks, E. / Steffen, W. (Hrsg.): *Engagierte Bürger - sichere Gesellschaft*, Mönchengladbach 2009, S. 25 - 72

Inhalt

Vorwort 1

I. Der 13. Deutsche Präventionstag im Überblick

Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner
Leipziger Erklärung 5

Erich Marks / Karla Schmitz
Der 13. Deutsche Präventionstag im Überblick 9

Wiebke Steffen
Gutachten zum 13. Deutschen Präventionstag: Engagierte Bürger– sichere Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention 25

Christian Pfeiffer
Eröffnungsvortrag: Prävention durch bürgerschaftliches Engagement? 73

Rainer Strobl / Olaf Lobermeier
Evaluation des 13. Deutschen Präventionstages 111

II. Forschungsberichte

*Bernhard Frevel / Wolfgang Kahl / Marcus Kober / Verena Schreiber /
Henning van den Brink / Jens Wurtzbacher*
Bürgerengagement in der kommunalen Kriminalprävention: Beiträge aus
der aktuellen Forschung (Teil 1) zu Konzeption und Wirklichkeit 143

Wolfgang Kahl / Marcus Kober
Bürgerengagement in der kommunalen Kriminalprävention: Beiträge aus
der aktuellen Forschung (Teil 2) zu den Entwicklungsmöglichkeiten 161

Hermann Groß / Arthur Kreuzer
Ehrenamtliche Polizei als Scharnier zwischen Bürger und Polizei? 171

Dieter Hermann
Sozialkapital und Sicherheit 181

Sandra Legge / Julia Marth
Sozialraum und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit:
Neue Ansätze zur Stärkung der Zivilgesellschaft 201

Erich Marks / Valérie Sagant

Das internationale Zentrum für Kriminalprävention und sein erster Bericht
über Kriminalprävention und gesellschaftliche Sicherheit (2008) 217

Hans-Dieter Schwind

Zivilcourage – wann wird geholfen und wann eher nicht? 237

III Praxisbeispiele

*Sabine Bätzing / Thomas Duprée / Ulrich Fricke / Jörg Maywald /
Heinz-Jörg Panzner*

Das Engagement der Lions Clubs für die Jugend – Die drei Lebens-
kompetenzprogramme 243

Monika Dehmel / Gregor Dehmel

Beteiligung schafft Sicherheit 251

Norbert Friedrich / Jörg Seedorf

Mut gegen Gewalt in Bremerhaven 273

Angelos Giannakopoulos / Angela Keller-Herzog / Dirk Tänzler

„ALAC“ (Advocacy and Legal Advice Centres): Ein innovatives
Instrument von „Transparency International“ gegen Korruption durch aktive
Bürgerbeteiligung und die Bedeutung der Kooperation zwischen zivilgesell-
schaftlichen Organisationen und Sozialwissenschaft 277

Frank Goldberg

Global denken, lokal handeln: Kriminalpräventive Bürgerbeteiligung unter
dem Gesichtspunkt der Partizipation, Transparenz und Effizienz 289

Siegfried Haller

Netzwerke und Zivilgesellschaft – Kinder- und Jugendkriminalprävention
– Eine Aufgabe – viele Akteure 299

Kornelia Kamla

Ehrenamtliche Mitarbeit in der Bewährungshilfe 313

Susanne Kirchhoff / Kati Zenk

Mehr Sicherheit durch eine neue Streitkultur? 321

Thomas Krüger

Politische Bildung, Prävention und gesellschaftlicher Zusammenhalt 327

<i>Dieter Meißner / Rainer Mollik</i> „Betreuungslotse Dresden“	337
<i>Hanna Müsch</i> Das Leipziger Bürgercafé auf dem 13. Deutschen Präventionstag	359
<i>Günter Rieger / Siegfried Bayer / Hans-Alfred Blumenstein</i> Das Ehrenamt bei gemeinnützigen Organisationen der Opfer- und Straffälligenhilfe	371
IV Autoren	389